

faktischen und dem lebensnotwendigen Einkommen ist anstatt kleiner, größer geworden.

Sich fände nichts Verlorendes an diesem mechanischen Existenz-rechts Todesstempel der Proletarier. Einer starken Gewerkschaft aber, die sich in nicht allzu ungünstiger Position befindet, wird es bei richtiger Taktik (sie muß also anders aussehen als die der Eisenbahnbeamten) stets gelingen, bei sinkenden Preisen die errungenen Löhne zu verteidigen.

Darum halte ich die Einführung der gleitenden Lohnskala für schädlich und hoffe, daß, wenn die Beamten dem selbstbereiteten Schicksal nicht mehr entrinnen können, dies üble Beispiel wenigstens nicht auf die privatkapitalistisch Ausgebeuteten bösen Einfluß hat. Ich lobe mir den frischen Gewerkschaftskampf. Der Schaden, den die Wirtschaft dabei erleiden kann, ist nicht halb so groß wie der Schaden, den Arbeiter und Volk dadurch erleiden, daß aus dem geistig regsamem, um Freiheit und Leben kämpfenden Werteschaffender ein von der Unterwelt registrierter, seelenloser Helote wird.

Zur Brotpreiserhöhung.

Die Herren Großarbeitgeber möchten bremsen.

Aus Arbeitgebertreuen wird der „Telegraphen-Union“ mitgeteilt: Rummel hat auch der Reichswirtschaftsrat zu der Brotpreiserhöhung Stellung genommen. In einer Entschließung ersucht er die Regierung, Maßnahmen zu treffen, durch die die Lohn-, Gehalts- und Renteneinkünfte sowie die erwerbsunfähigen Rentner in den Stand gesetzt würden, die Folgen der Brotpreiserhöhung zu tragen. Nach den Darstellungen der Arbeitnehmervertreter im Reichswirtschaftsrat und in einem Teil der Presse sieht es aber so aus, als ob die 50- bis 75prozentige Brotpreiserhöhung sich in der gleichen Prozentzahl auf die gesamte Lebenshaltung auswirken würde. Dem ist aber nicht so, da in statistisch allgemeingültigen Aufstellungen die Kosten für Brot nur etwa 6 Proz. unter den gesamten Lebenshaltungskosten ausmachen. Es kann also von einer Lebenshaltungserhöhung um 50 bis 75 Proz. keineswegs die Rede sein. Etwas Lohnforderungen könnten demgemäß nur im Rahmen der Gesamtentwertung Berücksichtigung finden.

Das soll wohl heißen, daß die Freunde der „Telegraphen-Union“ nur im Umfang des Brotanteiles an den Indizes, also in der Höhe von 6 Proz., Lohnserhöhungen bewilligen wollen. Das möchte man auch tun, wenn die Preissteigerung eine allgemeine ist und nicht auf das Brot beschränkt bleibt. Die Herren scheinen vergessen zu haben, daß bei der Bestimmung der Lohnhöhe die Arbeiter auch einiges mitzureden haben.

Die Reichsgewerkschaft in der Reichskanzlei.

Der Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter verleiht folgende Mitteilung: Der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter und -anwärter hat in zweitägiger Sitzung zu der aus der Streikbewegung sich ergebenden Sachlage Stellung genommen. Insbesondere zur Frage der Disziplinierungen. Aus allen Ländern und Direktionsbezirken lagen Berichte vor über eine wachsende, tiefgehende Erregung infolge der Massenmehrgelungen. Alle Delegierten waren einmütig der Meinung, daß diese Maßnahmen im Widerspruch stehen zu den Verordnungen, die der Reichskanzler Vertretern der Reichsgewerkschaft gegeben hat und die mit zu dem jetzigen Abbruch des Streiks beigetragen haben.

Eine zur Klärung der Sachlage erlassene Abordnung wurde vom Reichskanzler im Kanzlerzimmer des Reichstages empfangen und erhielt Zusicherungen, die der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft für ausreichend erachtete, um weiter beruhigt auf die Mitgliederarbeit wirken zu können. Der erweiterte Vorstand betrachtet die Aktion jedoch erst dann als abgeschlossen, wenn die Frage der Maßregelungen endgültig befriedigend gelöst sein wird. Im Gegensatz zu irreführenden Sensationsmeldungen wird festgestellt, daß sämtliche

Beschlüsse des erweiterten Vorstandes fast einstimmig gefaßt worden sind.

Entgegen der in einem Flugblatt der Ortsgruppe Elberfeld der Reichsgewerkschaft aufgestellten Behauptung über den Umfang von Maßregelungen, stellt die Eisenbahndirektion Elberfeld fest, daß im ganzen Direktionsbezirk, der rund 14 000 Beamte und rund 21 000 Arbeiter umfaßt, bis jetzt nur 5 Beamte durch Kündigung entlassen wurden und gegen 9 weitere Beamte das Disziplinarverfahren eingeleitet worden ist.

USP. + KAG.

Gestern fanden sich die Vorstände der USP. und der KAG. zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, in der die Einigungsfrage beraten wurde. Mit ihr will sich auch der Parteirat der USP. im Laufe der nächsten Woche beschäftigen. Fraglich ist, ob die KAG. in Bausch und Bogen übernommen oder ob sie als eine angebotene Kollektion zum Ausschluß behandelt werden soll. Im zweiten Fall würden sich die Mitglieder der KAG. einzeln bei den zuständigen Bezirksorganisationen der USP. zu melden haben und diese würden dann von Fall zu Fall über die Aufnahme entscheiden: Levi, Adolf Hoffmann, Geher Vater und Sohn, Graf, Malzahn usw.

Es ist nicht heiter, sich so „einigen“ zu müssen. Aber zwischen diesen Gruppen, die sich immer wieder auseinander- und zusammenspalten, kann es wohl nicht anders sein.

Wuchernder Stahlhelmsgeist.

Aus München wird uns geschrieben: In Bayern wuchert die von Rahr und Böhner ausgestreute rechtsbolschewistische Saat derartig empor, daß selbst rechtsstehende, aber besonnene Männer wie Graf Verchenfeld kaum mehr imstande sind, den Geist engstirnigen Parteigekränks und die Stidluft blindwütigen Rassenhasses aus dem schönen Bayernland hinauszutreiben. Eine Reformation an „Haupt und Gliedern“ läßt da wirklich not, um der politischen Verdrummung selbst der höchsten Würdenträger der bayerischen Republik zu steuern.

Der Minister des Innern Dr. Schwayer predigt einer lauschenden Parteiverammlung, Rathenau habe der Bank von England den bekannten Brief von der Kreditwürdigkeit Deutschlands „entlockt“. So fällt dieser siebengeheite bawarische Politiker der Reichsregierung in den Rücken!

Der Justizminister a. D. Roth erklärt ebenfalls in aller Öffentlichkeit, Oberschlesien wäre nicht zu Polen gekommen, wenn Ludwig III. noch auf dem Königsthron gesessen hätte!

Der Sozialminister Oswald führt den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit folgenden geistreichen Argumenten: „Im Landtag führen sie sich auf wie in einer Schnapsstube! Ihr Götzenbild ist das goldene Kalb, wie die Teilung der Gewinne mit den Viehhändlern zeigt!“

Der oberbayerische Regierungspräsident v. Rahr predigt bergauf und bergab den „Stahlhelmsgeist“, an dem Deutschland gesunden müßte!

Um so verdienstvoller war die Tat des Grafen Verchenfeld, daß er in einer großen Versammlung vor das Volk trat, um angesichts dieses politischen Tiefstandes seiner Gehilfen über die „Erziehung des Volkes zur Politik“ zu sprechen und dem „Riesbacher Geist“ Fehde anzufügen. Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß gegen Verchenfeld bereits eine nicht unbeträchtliche Rechtsopposition vorhanden ist. Selbst das führende Organ der Bayerischen Volkspartei, der „Bayerische Kurier“, versucht sich fortgesetzt in der Variierung des Themas vom „leitenden Staatsmann“ an ihm zu reiben. Die schärfsten Gegner besitzt er aber in den Münchener Rationalsozialisten, die Verchenfelds Frau als nicht „judenrein“ verdächtigen und neuerdings den politischen Mord so unverhohlen predigen, daß sie in einem ihrer Organe die Erzbergermörder als „Näher“ feierten! Diese Sturmtruppe der „Ordnungszelle“ verjuchte nun, den oben erwähnten Vortrag des Ministerpräsidenten mit allen Mitteln zu

verhindern. In allen passenden und unpassenden Stellen der Rede wurde Verchenfeld das Wort „Die Juden“ zugerufen. Als Verchenfeld über das russische Problem spricht, fliegt ihm wieder das Wort „Die Juden“ an den Kopf. Er sagt: „Ich warne Sie, alles Schlechte nur in einem Prinzip zu sehen! Nicht alles, was in der Weltgeschichte schlecht ist, ist auf die Juden zurückzuführen!“ Bei der Besprechung der rheinischen Abtrennungsbemühungen des Dr. Dörten wird ihm zugerufen: „Rathenau will das selbe!“ Wütend entgegnet Verchenfeld: „Ich bestreite, daß ein deutscher Minister sich solcher Verfehlungen schuldig macht!“

Die nationalsozialistische Pestbeute, das Gögücht Rahr und Böhner, pöbelt weiter. Der „Stahlhelmsgeist des Oberland“ wirkt sich also bereits in würdiger Form aus! Man kann nur hoffen, daß Verchenfeld die Energie aufbringen möge, trotz aller Hemmungen von bürgerlicher Seite den größten Mist aus dem bayerischen Kugelschloß auszufegen!

Untersuchungs-Verfahren gegen Pittinger.

Herr Redakteur Ubel schreibt uns: „Wie aus einem an mich gerichteten Schreiben des Ersten Staatsanwalts beim Landgericht München I hervorgeht, ist auf Grund meiner Veröffentlichungen gegen Pittinger und Genossen die Untersuchung wegen Hochverrats eingeleitet worden. Meine zeugenschaftliche Vernehmung findet in den nächsten Tagen durch den Ersten Staatsanwalt beim Landgericht München I statt.“

Menschensinder Hillers Revision.

Leipzig, 17. Februar. (Zll.) Vor dem zweiten Senat des Reichsgerichts fand heute vormittag die Revisionsverhandlung des Oberleutnants a. D. Hans Hiller statt, der am 18. März vorigen Jahres wegen Mißhandlung des Soldaten Helmke, die zu deren Tode führte, vom Schwurgericht Berlin zu sechs Monaten Festung (1) verurteilt worden war. Der Angeklagte Hiller war selbst zur Verhandlung erschienen. Der Reichsanwalt beantragte die Verwerfung der Revision. Das Urteil wird am 14. März verkündet.

Dittmars Helfershelfer.

Leipzig, 17. Februar. (Zll.) Nach einer in den Blättern veröffentlichten Bekanntmachung des Oberstaatsanwalts von Raumburg hat der Regierungspräsident von Reibburg auf die Ermittlung der Täter, die den in der Nacht vom 20. Januar d. J. aus dem Raumburger Gefängnis entwichenen Oberleutnant zur See a. D. Ludwig Dittmar bei der Flucht behilflich gewesen sind, eine Belohnung von 20 000 M. ausgesetzt.

Pinkerton gegen „Vorwärts“.

In der Privatklagesache Berndt (im Namen der Deutschen Pinkerton-Gesellschaft) gegen die verantwortlichen Redakteure Lepore und Dr. Peiser wegen Beleidigung kam am Freitag vormittag in einer Verhandlung vor dem Schöffengericht Alt-Roabit folgender Vergleich zustande:

„Die Angeklagten erklären: Durch die heutige informatorische Vernehmung einiger Zeugen haben wir die Ueberzeugung gewonnen, daß die Deutsche Pinkerton-Gesellschaft für die im Sommer 1920 durch die „Magdeburgerische Zeitung“ und andere Blätter verbreiteten sensationellen, unrichtigen Nachrichten nicht verantwortlich und an ihnen nicht beteiligt ist. Wir nehmen deshalb den Ausdruck „Pinkerton-Sensationschwärmer“ und die ähnlichen Ausdrücke als Worte beleidigenden Inhalts, die auf der Voraussetzung einer solchen Beteiligung der Deutschen Pinkerton-Gesellschaft beruhen, mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.“

Die Parteien kamen dahin überein, daß die Angeklagten die Gerichtskosten tragen, während jede Partei ihre außergerichtlichen Kosten selbst trägt. Die Kläger zogen daraufhin die Privatklage zurück.

Der Kommunist Joseph Schwarz, der seit langem wegen Verleumdung zum Hochverrat gesucht wurde, ist in München verhaftet worden.

Franz Marc.

Im Kronprinzenpalais wurde gestern eine Ausstellung eröffnet, die — man darf es ohne Uebertriebung sagen — den Mittel- und Höhepunkt dieser Berliner Kunstausstellung bedeutet. Sie ist dem Andenken des im Weltkriege gefallenen Malers Franz Marc gewidmet, dessen Lebenswerk sie in etwa 90 vorzüglich gewählten und gut geordneten Arbeiten vorführt. Wer im letzten Jahrzehnt die Ausstellungen des „Sturm“ regelmäßig besucht hat, der kennt hier freilich kaum etwas Neues; fast alle diese Werke sind dort schon einmal gezeigt worden. Aber in dieser zusammenfassenden Fülle bedeutet die Schau im Kronprinzenpalais doch ein ganz neues Erlebnis, ein Erlebnis von unerhört tiefstapender und aufschüttelnder Macht.

Den stimmungsvollen Auftakt bildete ein meisterhafter Vortrag von Dr. Alois Schardt, der in knappen, klaren Zügen eine Analyse von Marc's Welt- und Kunstanschauung gab. Dann las Frau Marc Dietrich, in zarter Nachempfindung des Gebanteninhalts und lässlicher, tief zu Herzen gehender Sprache aus den Briefen und Kriegeraufzeichnungen des Künstlers vor. Daran schloß sich ein erster Rundgang durch die Ausstellung. Auch die Witwe Marc's und sein bester Freund, der große russische Maler Kandinsky, waren zugegen.

Im Vormort zum „Blauen Reiter“, dem ersten grundlegenden Manifest der neuen Kunst, erklärt Franz Marc, daß die Formfrage der Kunst eine sekundäre ist, daß die Kunstfrage vorzüglich eine Inhaltsfrage ist. „Wenn wir heute sein Lebenswerk überblicken, so erkennen wir aber, daß bei ihm, wie bei jedem wahrhaften Künstler, Inhalt und Form untrennbar miteinander verschmolzen sind. Freilich ist der Inhalt, das zum Kunstwerk gestaltete Gefühl, insofern das primäre, als er sich die Form erst geschaffen hat. Marc beginnt mit Landschaften, mit Figuren- und Tierbildern, die er aus äußeren Naturindrücken gemann und in deren Formgebung daher der impressionistische Stil vorherrscht, der die Komposition, den rhythmischen Organismus aus Linien und Farben, zugunsten des Naturbildes bis zu einem gewissen Grade vergewaltigt. Einige Werke dieser Periode erinnern stark an van Gogh. Allmählich aber wendet er sich von der äußeren, sinnlich wahrnehmbaren Natur ab. Der Rhythmus des Bildaufbaus wird das Gefühl, dem die Linien und Farben der Naturbilder sich eingliedern müssen. Zusammengeordnete Tiere und Hunde, Pferde mit leichtwärts zurückgebeugtem Hals zeigen von dem Streben nach geschlossener Bildform, friesisch geordnete Affen oder Fiel vom Streben nach rhythmischer Reihung. Dieser Rhythmus ist noch ganz aus dem Gegenständlichen entwickelt und mit kaumwärtiger Geschlossenheit wird jede Gewaltförmigkeit in der Haltung und Bewegung vermieden. Ein starkes plastisches Empfinden spricht aus den Arbeiten dieser Entwicklungsperiode. Marc hat sich auch als Bildhauer versucht, und das Marmorbild eines Panters, das ich sah, erinnert trotz seines kleinen Formals an Michelangelos Formensucht und Majestät. Auch die Gemälde dieser Zeit haben in der Gebirgslandschaft und kompatien Zusammenfassung ihrer Linien etwas Michelangeleskes. Die etwas allzu „geflügelte“ Schönheitsliebe der früheren Werke ist verschwunden. An ihre Stelle tritt jetzt eine überirdische Gut- und Gewalt des Farben ausdrucks. Auf Gefühl, Empfindung, Stimmung ist alles gestellt.

Die landschaftlichen Elemente der Tierbilder geben nicht mehr Nachahmungen irgendeiner äußeren Wirklichkeit, sondern sind lineare und farbige Ausdrucksformen für bestimmte seelische Erlebnisse. Unter dem Einfluß Kandinsky's wandte sich dann Marc immer mehr vom Gegenständlichen ab. Er erkannte, daß die Wirkung von Farbformen ebenso stark und vielleicht härter ist, wenn diese an keinerlei natürliche Objekte gebunden erscheinen. Er gibt zunächst Fragmente von Naturbildern, die von ungegenständlichen Linien und Farberhältnissen läßt durchschneiden oder umflossen werden. Und schließlich gelangte er zu einer Auffassung, die der sogenannten „absoluten Malerei“ Kandinsky's ganz nahe steht. Seine letzten Bilder sind „Rust“ in Linien und Farben, die nichts mehr „bedeuten“, nichts „darstellen“ wollen, sondern nur durch sich allein zur Seele des Betrachters sprechen.

Man kann diese Entwicklung, die zugleich der Entwicklungsgang des modernen malerischen Expressionismus ist, an den Werken der Ausstellung deutlich verfolgen. Welche Wege der Künstler weiterhin eingeschlagen haben würde, ob die absolute Malerei für ihn wie für viele andere nur eine Durchgangsepoche zu vertiefter Auffassung und Gestaltung des Gegenständlichen gemessen wäre, das läßt sich nicht ahnen. Im März 1916 machte ein Granatplitter dem Leben des sechsunddreißigjährigen ein Ende und entriß uns einen Künstler, der vielleicht die stärkste, gesündeste und tiefste Persönlichkeit in der jungen Malergeneration Deutschlands gewesen ist.

John Schifowitz

Kleines Theater: „Das Weib auf dem Tiere“ von Bruno Frank.

Frau Conto, die vor den Geschworenen steht, erzählt, warum sie ihren unstillen Lebenslauf begonnen hat. Der Staatsanwalt springt auf und schreit dazwischen: Soll sich ein deutsches Geschworenengericht so etwas gefallen lassen? Viel wichtiger ist die Frage, ob sich ein deutsches Theater so etwas gefallen lassen darf. Denn es ist wiederum, was als Literatur ausgegeben wurde, ein elender, auf die allergrößte Dummheit und Geschmacklosigkeit spekulierender Krim. — Frau Conto eröffnete also mit den Gaben, die der liebe Gott ihrem Körper geschenkt hat, ihre Lebenslaufbahn. Es kamen hundert, es kam einer, den sie liebte, dem sie alles hingab, der war ein Schuft. Darum knallte sie ihn nieder. Darum lagen auf der Bühne alle Geschworenen, darum marschieren die Zeugen auf, darum wird von der Jähwörterin in den Saal hineinkrallt usw., alles nur größter Effekt. Das Ergebnis ist, daß die Mörderin nach vielem Hin und Her schuldig gesprochen wird. Und nun beginnt noch ein Melodram. Es wird dunkel, als es wieder hell wird, sieht Frau Conto auf der Bank des Gerichtspräsidenten. Sie verliert die jungen Frauen und die alten Frauen, was sie zu dem Fall zu sagen haben. Es sollen wohl seraphische Stimmen sein, die verkünden, daß es eben Frauenschicksal ist, wenn der Henker sein Beil schwingt. Welch eine Verblöbung und Verwilderung. — Die Armeeoberleitung ertönt wirklich. Der Schorfichter kommt zwar nicht, aber man spürt in der Luft, daß er bald da sein wird. Auch dieses natürliche Ereignis darf nicht gechehen, damit die Hintertreppe nicht ins Boden gerät. Die Mörderin hat Gift genommen, das wird bekanntgegeben. Sie erhielt das Giftschloß nicht von ihrem Verteidiger, den sie einmal abtöten ließ, sondern von dem 18jährigen Sohn des Gerichtspräsidenten, den sie

erhört hat, und der auch eine Verteidigerrolle auf der Bühne spielt. Die Aufdeckung dieser Verhältnisse erscheint dem Verfasser wohl als besondere Feinheit — Fürchterlich! Obwohl Maria Fein recht tapfer den mörderischen Engel oder den engelhaften Mörder mimt, Selbstverständlich muß sie durch Routine erleben, was ihr der Dichter nicht gibt. Herr Bendow, sonst ein ungezogener Spaßvogel im Ungelänge, zeigte als lieblicher Gymnast, daß er beinahe ins Tragische hinausschlittern kann. M. H.

Das Jolkwang-Museum für Essen. Die Verhandlungen der Stadt Essen mit den Erben Osthaus haben sich zerlegt. Essen hatte für die Bestände des Museums Jolkwang und das Haus es Millionen geboten. Essen bietet dagegen 15 Millionen, ihm wurde bis zum 24. Februar des Vorkaufsrecht von den Erben Osthaus zugestanden. Auch die Stadt Düsseldorf hatte sich um den Jolkwang beworben, kam aber zu spät. Die Lösung, die die Sammlungen in den Mittelpunkt des Industriegebietes bringen würde, ist nach Lage der Dinge jedenfalls als die Glückseligste zu bezeichnen.

Film-Tears. Und wird geschrieben: Die Herren Lubitsch und Davidsohn von der Ufa waren in Amerika und haben dort mancherlei Wichtiges erledigt und sicherlich auch Nützliches angeknüpft. Vor kurzem sind sie zurückgekehrt. Am Bahnhof spielte sich eine erhebende Szene ab. Da stand, wie der Zug langsam in die Halle brauste — man kennt diese Szenen von früheren Monarchenbegräbnissen her — wohl keine Ehrenkompanie der Filmindustrie und auch nicht etwa die Palastgarde der Ufa, aber dafür eine regelrechte Russifantelle. Und die intonierte, als die beiden Herrscher im Reiche der Jupiterlampen den Wagen, verließ sich, elastischen Schritten verließen, eine Hymne. Welche Hymne, das hat der Beobachter nicht festgehalten, vielleicht hieß sie „Heil dir im Himmel, Franz!“ Aber jedenfalls, die Musik war da, und sie begrüßte die Amerikaner. Ähnlich wie bei Kaisers, wenn man von Auslandsreisen zurückkam! Herzlichkeit ist eine schöne Sache, aber zur Komik soll sie nicht ausarten. Wenn unsere Minister von Konferenzen zurückkommen, bei denen Deutschlands Schicksal entschieden wird, würden sie sich bedanken, empfangen man sie mit Bum-bum und Tschingdabara. Die Herren Lubitsch und Davidsohn aber ließen sich anfallen. Die vielen keinen Unarten und Unmöglichkeiten im Rhythmus des Lebens der Filmleute sind um ein wenig erquickliches Bild reicher geworden.

Kulturen, die noch der Entdeckung harren. In vielen Teilen der Welt, in den Sandwüsten Ägyptens, wie im Urwald Zentralafrikas, in den Dschungeln von Ceylon wie in den tropischen Wäldern von Südamerika, ist die „Wissenschaft des Spätens“ eifrig an der Arbeit, die Ueberreste alter Kulturen auszugraben und dadurch unsere geschichtlichen Vorstellungen zu bereichern. Während des Krieges haben diese Arbeiten naturgemäß gesteckt, aber jetzt sind sie mit erneuertem Eifer wieder aufgenommen worden. Doch soviel man auch schon dem Schoß der Erde entriß, so Ueberreichendes man aus Licht gekleidet hat, es bleibt doch noch sehr vieles zu tun. Wie Christophor Kolumbus in einer Zusammenstellung betont, sind über ganz Brasiliens, von der Ostküste bis in die unbekannteren Gebirge von Para-Groß, alten Kultur Zeugnisse abigen. Ueberall läßt man auf Wurzeln, die uns ganz unverständlich sind. Erst wenn es gelungen sein wird,

Der Raubritter von Pehow.

Ein neues Opfer des Schießjüngers v. Raehne.

Aus Potsdam schreibt uns unser Korrespondent:

In dem am Glindower See gelegenen Krankenhause liegt wieder ein Opfer des Raubritters von Raehne und kämpft mit dem Tode. Der 61jährige Arbeiter und Familienvater Karl Nietert aus Glindow liegt hier mit einem schweren Lungenschuss darnieder. Sprechen kann der Kranke nicht, der Arzt hat es ihm verboten, aber seine Augen sprühen Haß, als er bemerkt, daß man von dem Spricht, der ihn zur Strecke gebracht hat. Aus einem Armeeersatzlager kam diesmal die Kugel und diesmal war es wieder der alte Raubritter Karl von Raehne, der auf Menschenjagd ausgegangen war. Nicht in seinem Revier hat er gejagt, er suchte sich das Menschenwild auf Nachbargebiet auf. Am Sonnabend vergangener Woche, gegen 8 Uhr abends, wollte Herr von Raehne von Pehow nach Glindow fahren. Auf der Chaussee von Kleist bemerkt der alte Raubritter zwei Männer aus der Roshower Forst heraustrreten. Sofort wandte von Raehne sein Fuhrwerk, um den Roshower Förster zu benachrichtigen. Er trat den Beamten schon unterwegs und mit den Worten: „Sie haben Diebe in Ihrem Forst, ich sahre Sie zu den Kerls hin“, lud er den Förster ein, in seinem Wagen Platz zu nehmen. An einer Waldecke stieg das Fuhrwerk auf den 61jährigen Arbeiter Karl Nietert, der eine Säge umgehängt hatte. Der Förster verlangte die Säge und als Nietert dies verweigerte, kam es zu einer Kauferei, wobei der Förster und Nietert zu Fall kamen. Sofort sprang v. Raehne hin und rief: „Hände hoch oder ich schieße“. In demselben Moment

trachte auch schon der Schuß.

Als Nietert stehen blieb, rief v. Raehne: „Da hab ich wohl nicht gut getroffen.“ Erst als der Arbeiter wankte, senkte v. Raehne die Schußwaffe. Der Betroffene schleppte sich noch 300 Meter bis gegen Glindow und brach dann blutüberströmt zusammen. Ein Obstzüchter lud ihn auf seinen Wagen und brachte ihn in das Glindower Krankenhaus. Am Sonnabend vergangener Woche hatte sich dieser Vorgang ereignet und der Oberlandjäger Pehel hat sofort pflichtgemäß die Staatsanwaltschaft in Potsdam benachrichtigt, aber erst gestern, als der Berichtskoffer von dem Oberlandjäger Erkundigungen einzog, ließ die Staatsanwaltschaft von Potsdam etwas von sich hören.

Der Oberstaatsanwalt fragte telefonisch an, ob der Mann, den Herr v. Raehne angeschossen habe, tot sei. Als dies verneint wurde, gab der Oberstaatsanwalt die Anordnung: Sollte der Mann sterben, dann ist die Leiche zu beschlagnahmen. Weiter ist bisher von der Staatsanwaltschaft nichts geschahen, aber Glindow tut etwas aus sich heraus. Die Erregung in dem sonst so friedlichen Obstbüschchen ist ungeheuer. In allen Ecken, im Amtsblatt, an den Amtsstößen stehen Ankündigungen, die zu einer großen Protestversammlung am Sonntag alle Bürger, Obstzüchter und Arbeiter auffordern. Der Protestaufruf hat folgenden Wortlaut:

Große Protestversammlung gegen den Raubritter und Menschenmörder von Pehow. Tagesordnung: 1. Justizreform; 2. Wie schätzen wir die Einwohner von Pehow, Glindow und Umgebung gegen die dauernden Bedrohungen der Bevölkerung von Seiten derer von Raehne? Einberufen ist das Gewerkschaftsamt. Die Versammlung findet in dem Großen Saal von Albrecht in Glindow statt.

Als Herr von Raehne gestern nachmittag die Straßenbiegung von Klefow passierte, nahm die Bevölkerung

eine derartig feindselige Haltung

an, daß Herr v. Raehne gezwungen war, sein Gespann umzulenken. Der Oberlandjäger hat die Anzeige — gegen Nietert auf Freischießen und Widerstand erlassen. Gegen v. Raehne lautet die Anzeige wie üblich auf „Körperverletzung“. Nietert gibt zu, eine Fichte in der von Roshowischen Forst abgefäht zu haben, um für seine kranke Frau eine warme Stube zu schaffen. Holzwert: 18,20 M.

Die Erregung der Bevölkerung gegen Raehne ist auf den Siebepunkt gestiegen und man hört schon vielfach davon reden, daß bei dem völligen Verlassen der Justiz gegen die schleichwiltige

das Rästel dieser amerikanischen Hieroglyphen zu lösen, werden wir eindringen können in die erstaunliche Geschichte der großen Totefen-Kasse, die in sehr fernem Zeiten riesige Städte in Südamerika erbaut und dort gewaltige Kulturwerke schuf, wo heute der Urwald sich dehnt. Ebenso gibt es in Südamerika zahlreiche Ruinen, die noch der Erschließung harren. In Südbrasilien liegen die gewaltigen Trümmerfelder von Jimboá, in denen man das sagenhafte Goldland Ophir des Königs Salomo vermutet hat. Nördlich von Zambezi, tief im fast unbekanntem Urwald, erheben sich die Ruinen einer noch größeren Stadt mit ähnlichen Türmen, massiven Bauten von Mauerwerk und in den Heusen gebauenen Wohnungen. Obwohl einige Forscher bis zu dieser Ruinenstätte vorgedrungen sind, ist bisher doch noch nichts davon ausgegraben. Eine andere wenig bekannte und für die Wissenschaft unentdeckte Ruinenstätte ist die von Ise in Südbrasilien. Etwa 12 Fuß unter dem gegenwärtig dort liegenden Eingeborenenort stieg man bei zufälligen Grabungen auf schöne Bronzearbeiten und Schmucke, die das Vorhandensein einer uralten Kultur ahnen lassen. In Tarkesfan, am rechten Ufer des Amow Darja, und in der Nähe der Stadt Pakti ist eine unterirdische Stadt, die in den massiven Felsen gehauen ist und ein riesiges Labyrinth von Straßen und Durchgängen mit zwei- und dreistöckigen Häusern darstellt. Gefäße und Münzen sind hier in großer Menge gefunden worden. Celso ist voll von noch ganz oder zum Teil begrabenen Städten, die den Archäologen für viele Jahre Arbeit geben, und ebenso bergen die Dschungeln in Anam und Hinterindien Ruinen von erstaunlicher Ausdehnung.

Junksprüche als Kinderpiel. Der amerikanische Handelsminister Hoover hat eine Konferenz nach Washington einberufen, die über die Mittel und Wege beraten soll, um die drahtlose Telegraphie und das drahtlose Telefon einer Regierungskontrolle zu unterstellen. Wie offiziell erklärt wird, hat die übermäßige Benutzung von radiotelegraphischen und radiotelephonischen Einrichtungen seitens des Privatpublikums solche Ausmaße angenommen, daß es heute schon nahezu unmöglich ist, einen geordneten staatlichen Dienst aufrechtzuerhalten. Da die Dinge keinesfalls so weitergehen könnten, befindet sich Amerika heute in der Zwangslage, eine strenge Kontrolle einzuführen und eigens einen Stab von Beamten zu diesem Zweck in Dienst zu stellen. Das Spiel mit der drahtlosen Telegraphie und drahtlosen Telephonie hat sich nämlich insbesondere bei der reichen amerikanischen Jugend zu einer wahren Manie entwickelt, und diese Jugend steht heute im Begriff, sich zu einer Vereinigung zu organisieren, die die „Freiheit des Hunderteils für jedermann“ verteidigen soll.

Ein neues russisches Theater in Berlin. Demnächst wird im Berliner Lokal Kurfürstendamm 32 unter der Leitung des Dichters A. Kuchajew ein russisches Theater, „Banjo-Banjo“, eröffnet. Der Umhaue und die Räume sind nach den Entwürfen des Malers A. W. W. der russische Maler des Moskauer Künstler-Theaters bekannt, außerdem die Dekorationen und die Dekorationen von ihm selber geschaffen.

Der Erreger des Rückfalltyphus entdeckt. Die medizinischen Kreise Petersburg legen ein großes Interesse für die Entdeckung des Erregers des Rückfalltyphus an. Der Erreger des Rückfalltyphus ist ein Bakterium, das sich in den roten Blutkörperchen befindet. Nach sorgfältiger Untersuchung ist dem Bakterium, in welchem die von erkrankten Kranken, insbesondere von den Wägen und der Gallenblase ausgehenden Wunden, den Krankheitskeim zu finden.

Zunächstspthost die Bevölkerung selber für ihren Schutz sorgen müsse.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Jahnke-Spandau und Kuttner-Berlin haben aus Veranlassung dieses Falles eine Anfrage an die preussische Regierung gerichtet. In der Anfrage wird ausgeführt, daß erst im Januar d. J. der Junker Karl v. Raehne wegen des vierten (1) Falles rechtswidrigen Waffengebrauchs (Gewehrshülse auf ein Automobil) vom Schwurgericht Potsdam zu der allerdings lächerlich geringen Strafe von 10 000 Mark verurteilt wurde. Die Folge dieses völligen Vergehens der Justiz zeigt der neue Fall Nietert. Die Staatsregierung wird angefragt, ob sie dafür sorgen werde, daß der Familie v. Raehne sämtliche Waffen, Waffenschelme, usw. sofort entzogen werden. In Anbetracht des Umstandes, daß die Mitglieder der Familie Raehne systematisch zur Gewalttätigkeit erzogen werden, wird die Regierung ferner gefragt, ob sie Schritte einzuleiten gedenkt, daß das Erziehungserbe über etwaige minderjährige Familienmitglieder den bisherigen Erziehungsberechtigten entzogen und auf Personen übertragen wird, die für eine vernünftige Art der Erziehung bürgen. Schließlich wird die Regierung gefragt, ob sie der Unterstutzung der Familie von Raehne auf ihren Besitzstand und ihrer eventuellen Internierung in einer Irrenanstalt schon näher getreten ist.

Die Zukunft der Schutzpolizeibeamten.

Vom Reichsministerium des Innern wird uns mitgeteilt: Aus den Reihen der Schutzpolizei sind in letzter Zeit häufig Klagen und Befürchtungen laut geworden, die eine bange Sorge um die Zukunft erkennen lassen. Der Regierung gegenüber tritt besonders der Vorstand hervor, sie beschuldigt gar nicht, die Schutzpolizei in die übrige Beamtenschaft einzugliedern, vielmehr im Interesse eines möglichst militärischen Aufbaues des Angehörigenverhältnisses zu erhalten. Hierzu ist zu bemerken, daß die Regierung von jeher bestrebt war, so schnell wie möglich eine Rechtsprechung für die neue Beamtenschaft zu schaffen. Es war von vornherein klar, daß die Aufgaben der Schutzpolizei eine lebenslängliche Anstellung in den Polizeikörper selbst nicht zuließen. Bei der großen Zahl der Beamten, die sich ursprünglich auf 70 000 belaufen sollte, war auch an eine Ueberführung aller Angehörigen in lebenslängliche Beamteneinstellungen anderer Dienstzweige nicht zu denken, wenn es auch klar ist, daß dieses Ziel im Laufe der Zeit unbedingt angestrebt werden muß. Zunächst kam es darauf an, im Berufsübergang die wichtigsten Sicherungen für die Uebergangszeit zu schaffen. Die Verjüngung wurde vorläufig geregelt und dabei für die Unfälle und Verletzungen bei Kampfhandlungen die weitgehenden Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes in Anwendung gebracht. Die Eingruppierung in das Beamtendiensteinkommengesetz war der zweite Schritt zur Sicherung der Beamten, dem im Januar 1920 die Etablierung und mit Erfolg vom 10. Mai 1921 die Verleihung der Beamteneigenschaft durch Aushändigung einer Bestallungsurkunde folgte.

Die endgültige Regelung erteilt eine behauerliche Verzögerung durch die Notwendigkeit eines Ausgleichs der Verhältnisse sämtlicher Länder des Reiches. Ein Reichsrahmengesetz soll in nächster Zeit als Grundlage der landesgesetzlichen Regelung dem Reichstage vorgelegt werden. Ein hierauf beruhender preussischer Gesetzentwurf ist nunmehr völlig fertiggestellt. Die äußere Behaltlichkeit der Einstellungs- und Entlassungsverhältnisse bei Wehrmacht und Schutzpolizei trotz Verschiedenheit in Rufbau und Tätigkeit führte zu einer ähnlichen Verjüngung. — Daneben kommen die Vorschriften des Reichsverordnungsgesetzes zur Anwendung. Im Sinne der Verjüngung sind alle Stellen der staatspolizeibeamteten vorbehalten. Für die schwierigen Verhältnisse der Uebergangszeit werden diese für alle Ausschreitenden noch nicht ausreichen. Die polizeilichen Bedürfnisse selbst werden aber schließlich die Verhältnisse selbst bessern. Die öffentliche Sicherheit verlangt schon jetzt eine stärkere Ueberführung von älteren Beamten in den Einzeldienst. Die Zahl der zu selten Verbänden zusammengefügten Beamten wird sich dadurch verringern, die Zahl der lebenslänglich anzustellenden Beamten gleichzeitig vermehren, so daß später ein Ausschneiden aus dem Polizeidienst nicht mehr nötig sein wird.

Auf die neuzellige Regelung des gesamten Beamtenrechts kann die Schutzpolizei nicht warten, sie muß in das bestehende Beamteneinkommengesetz eingegliedert werden. So regelt das kommende Schutzpolizeibeamtengesetz auch die Sonderbedürfnisse der Schutzpolizei, ohne der späteren Neuregelung des Gesamtbeamteneinkommens vorzugreifen. Diese kommt ihr dann von selbst zugute. Eine derartige Beschränkung, auf den praktischen Bedürfnissen beruhende Regelung ist beschleunigt und geeignet, den Schutzpolizeibeamten die Sorge um ihre Zukunft zu nehmen.

Der Fall Winnig.

Auf eine kleine Anfrage der Unabhängigen im Landtag hat der Minister des Innern geantwortet:

Oegen den damaligen Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, Winnig, ist wegen Beteiligung an dem sogenannten Rapp-Wulfschwoof ein Strafverfahren als auch ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entsetzung aus dem Amte eingeleitet worden. Nachdem jedoch der Oberstaatsanwalt das Verfahren gegen Winnig auf Grund des Gesetzes über die Wahrung von Straffreiheit vom 4. August 1920 eingestellt hatte, wurde auch das Disziplinarverfahren wieder eingestellt und Winnig mit einer Ordnungsstrafe belegt. Das geschah im September 1920.

Hiernach kann nicht zugegeben werden, daß das Disziplinarverfahren in die Länge gezogen worden ist. Die Bestialität Winnigs der inwischen in den einflussreichsten Ruhestand versetzt ist, regeln sich nach den gesetzlichen Bestimmungen. Es besteht keine Möglichkeit, hieron in dem vorliegenden Falle abzuweichen.

Zum Hebammengesetz.

Der Antersauslaß des Ausschusses für Bevölkerungspolitik des Reichstages Landtages hat am Donnerstag über das Hebammengesetz § 1 wurde mit den Änderungen des Staatsrates angenommen. Unveränderte Annahme fanden die §§ 2 und 3. Bei § 4 (Voraussetzung für die Aufnahme der Geburtshilfe) gab es eine längere Aussprache über die Frage: freipraktizierende Hebammen mit Niederlassungsgenehmigung oder angelegte Hebammen. Abgeordnet Dr. Krohne hob hervor, daß zwar 85 Proz. der Hebammen die Aufnahme wünschten, wie sie der erste Entwurf vorkam, betont aber, daß die Sachverhältnisse, Vergütungen, Hebammenlehre, gegen die Anstellung sind.

Abg. Frau Egg (Soz.) wies nach, daß die Anstellung den Staat nicht höher belaste. Trodem wurde § 4 in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen und der Änderungsantrag der sozialistischen Parteien (Aufhebung) abgelehnt. Angenommen wurde dagegen ein Antrag Meher (Soz.), die Vertreter der Krankenkassenverbände noch einmal als Sachverständige zu hören.

Das englische Unterhaus hat den Vertrag mit dem irischen Freistaat angenommen. Ein von den Abgeordneten für Hülse eingebrachter Änderungsantrag wurde mit 202 gegen 80 Stimmen abgelehnt.

Nansen in Paris.

Paris, 17. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Dr. Nansen, der in den letzten Tagen in der Schweiz und in England zugunsten der Hungerleidenden in Russland sehr erfolg- und ertragsreiche Vorträge über seine Erlebnisse und Eindrücke in den Hungergebieten gehalten hatte, ist heute hier eingetroffen. Er wurde von Führern der französischen Arbeiterbewegung, darunter Longuet, empfangen. Am Abend hielt er im „Troadero“-Saale einen von der „Liga für Menschenrechte“ veranstalteten Vortrag zugunsten der Russlandhilfe. Der Saal saß viele Tausende von Menschen, die jedoch bereits seit Dienstag gänzlich ausverkauft.

Krafft, Radel und Storniatow reifen heute nach Moskau zurück. — Zur Hilfe für die Hungernden und zum Kampf gegen die Seuchen sowie zur Besserung des Loses der vom Staate unterhaltenen Kinder wird in Sowjetrußland eine allgemeine Staatsbürgersteuer von allen arbeitsfähigen Männern von 17. bis zum 60. Jahre und Frauen von 17. bis 55. Jahre erhoben; befreit werden lediglich die Angehörigen der Roten Armee und der Militär in aktiven Dienst, die Schüler der staatlichen Unterrichtsanstalten, Frauen, die mehr als ein Kind unter 14 Jahren zu erhalten haben usw. Der Betrag der Steuer wird in Vorkriegsgoldwährung festgesetzt.

Wirtschaft

Deutsch-amerikanische Interessen in Rußland.

Vor Jahresfrist hätte man, daß es der Hapag gelungen sei, mit der russischen Sowjetregierung ins Geschäft zu kommen. Es wurde von beiden gemeinsam eine Transportorganisation gegründet, die den Zweck hat, den russischen Außenhandel zu pflegen. Damals wurde viel vermerkt, daß es Stinnes trotz seiner Bemühungen nicht gelang, bei dieser großen Zukunftssache sich zu beteiligen. Für die Kundigen war das verständlich, war doch Stinnes einige Zeit vorher aus dem Aufsichtsrat der Hapag herausgeworfen worden, weil er diesem Unternehmen mit seinen eigenen Schiffen in der Südamerikanischen Fahrt Konkurrenz machte.

Jetzt wird authentisch bekannt, was schon bei der Gründung der deutsch-russischen Transportorganisation vermutet wurde, es hat sich ihr der amerikanische Harrimon-Konzern angeschlossen. Es handelt es sich dabei um jene gewaltige amerikanische Transportmacht, die schon seit einiger Zeit mit der Hamburg-Amerika-Linie gemeinsam arbeitet. Damit ist einem direkten amerikanisch-russischen Handelsverkehr über Deutschland der Weg gebnet.

Aufhebung der Beschränkungen im polnischen Transitverkehr.

Warschau, 14. Februar. (D.-D.) Im Einverständnis mit den zuständigen Ministern hat das Handelsministerium beschlossen, die Warenverkehrsbeschränkungen ohne Genehmigung des Ein- und Ausfuhramtes grundsätzlich zu gestatten 1. durch den Polnischen Korridor ohne Rücksicht auf das Ursprungs- oder Bestimmungsland; 2. aus Rumänien nach der Eisenbahnlinie und umgekehrt über die Postämter Sniatyn emerietis und Nowicim, Szczelowa, Zbrzydowice und Dziejnice andererseits; 3. über Danzig nach Rumänien und der Eisenbahnlinie und umgekehrt ohne Rücksicht auf das Ursprungsland der Waren; 4. nach Deutschland aus allen Nachbarländern ohne Rücksicht auf das Ursprungsland; 5. aus Russland, Weißruthenien und der Ukraine nach allen Ländern. Praktisch wird eine besondere Erlaubnis aber erforderlich sein im Verkehr mit Rußland und Deutschland bis zum Abschluß eines Handelsabkommens mit diesen Ländern.

Gleitender Pachtzins für Nebenunlagen der Staatsforsten.

Der amtliche Preussische Preßdienst teilt mit: Die Rückwärts auf die Grundstücke des Staates hat der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten veranlaßt, die Forstnebenunlagen (torfpaatete Keder, Wiesen, Weiden, Steinbrüche, Lehmgruben usw.) in verstärktem Maße als Einnahmeposten zu erschließen. Es soll in der Weise geschehen, daß alle Pachtverträge, die nicht bis zum 31. Dezember d. J. ablaufen, einer Aushyrung unterzogen werden, ob die Pachtzins unter den heutigen Verhältnissen noch dem Wert der Pachtung angemessen sind. Ist dies nicht der Fall, so soll zunächst eine gütliche Verständigung mit dem Pächter über Pachtzinssteigerung angestrebt, und erst wenn dies erfolglos ist, das Pachteinkommen angerechnet werden. Um bei Neuverpachtung die Unklarheit, die durch den schwankenden Wert der Pacht bedingt ist, nach Möglichkeit zu beheben, ist folgende Form der Verpachtung angeordnet: Die Gebote sind in Mark abzugeben. Der Pächter hat im ersten Jahre (z. B. 1922) den gebotenen Preis zu zahlen. Im nächsten Jahre (z. B. 1923) hat er einen Pachtzins zu zahlen, der sich zu dem vorhergehenden (z. B. 1922) verhält wie der Roggenpreis zu Weizen (11. November) des vorhergehenden Jahres zu dem Weizen-Roggenpreis des zweitvorhergehenden Jahres. Wird Streu abgegeben, so ist dafür ein Preis zu zahlen, der dem Wert der Waldkruen im Vergleich zu anderen Streumaterialien wirklich entspricht.

Tarifermäßigungen in der Schweiz. Der starke Rückgang des Fremdenverkehrs in der Schweiz, der hauptsächlich infolge des hohen Valutaschwundes der Schweizer Währung eingetreten ist, zwingt die dortigen Behörden, den Verkehr durch Tarifermäßigungen anzuregen. Der Verwaltungsrat der Schweizerischen Bundesbahnen beschloß, auf den 1. Mai 1922 für die Reisen von mindestens 200 Lokalkilometern Tarifermäßigungen von 20 Proz. für einfache Fahrten, für Hin- und Rückfahrten und für feste und zusammenstellbare Rundfahrten. Der Rat beschloß ferner die Herabsetzung des Schnellzugzuschlages für Entfernungen über 200 Kilometer, die Ermäßigung der Schnellzugzuschläge für Kinder von vier bis zwölf Jahren auf die Hälfte sowie die Einführung eines neuen Gesellschaftstaris mit besonderen Vorteilen für kleinere Gesellschaften.

Die Jagd nach den Oelfeldern. Die zwei mächtigen Oeltrusts, Standard Oil und Shell, haben jetzt den Schauplatz ihrer Jagd nach den Oelfeldern auf ein neues Gebiet, nach Südamerika, verlegt. Die Nachforschungen haben nämlich ergeben, daß in Südamerika riesige Oelgebiete vorhanden sein dürften; Venezuela ist an der Spitze, außerdem aber Argentinien, Peru, Kolumbien, Bolivien usw. Die Oelvorräte sollen nach Ansicht der Geologen größer sein wie die in den Vereinigten Staaten, sie sind auf mehr als 9 Milliarden Fass gefüllt, während die Vorräte im Erdinneren der Vereinigten Staaten auf 7 Milliarden veranschlagt werden. Demgegenüber beträgt die Oelproduktion in den Vereinigten Staaten 60 Proz. der gegenwärtigen Gesamtproduktion, während die Ausbeutung der südamerikanischen Oelfelder sozusagen noch gar nicht in Angriff genommen wurde. Hier stehen also große Möglichkeiten. Die Auffindung der Oelquellen ist durch die Konstruktion eines neuen Werkzeugs, eines Diamantbohrers, sehr erleichtert und die Kosten der Erdbohrung sollen nach Angaben des „Manchester Guardian“ infolge dieser Erfindung auf ein Viertel gesunken sein.

Die Konsumgenossenschaftsbank in Moskau. Am 10. Februar fand die erste Versammlung der Aktionäre der neuen russischen Konsumgenossenschaftsbank statt. An der Versammlung nahmen Delegierte von 59 Genossenschaftsorganisationen teil. Die Bank wird sich vorwiegend mit Kredit- und Warengeschäften befassen. Während des ersten Halbjahres soll das Grundkapital aus 2 Millionen Goldrubel bestehen, im zweiten Halbjahre soll es auf 4 Millionen Goldrubel erhöht werden. Die Staatsbank wird außerdem der Konsumgenossenschaftsbank einen Kredit von 3,5 Millionen Goldrubel eröffnen. Die Bank wird in 35 Städten Sowjetrußlands Abteilungen haben, 10 Proz. des Grundkapitals werden den Hilfsfonds für die Hungernden im Wolgarebiet überwiesen. Dem Aufsichtsrat der Bank gehören 20 Personen an, darunter fünf Vertreter der Staatsbank und drei Vertreter des Zentralgenossenschaftsverbandes.

Im Lager der 700 000.

Die Zentrale der Landarbeiter am Endeplatz.

Ein Teil der „nasselbenden“ Großagrarien hat sich in dieser Woche wieder einmal „unpolitisch“ und „patriotisch“ im Zirkus Busch betätigt. Nach den Zeitungsberichten ist der „Brandenburgische Landvolktag“ auch wirklich wie ein „Zirkus“ verlaufen, und nach Schluß des Spieles sollen sich viele dieser sittenstrengen Herren in einer des Familienlebens sehr wenig fördernden Weise betätigt haben. Schließlich mußten sie sich von ihrem Kampf gegen die verhassten Kotten doch erholen. Ja, sie hoffen die „Kotten“ und von diesen wieder insbesondere den Deutschen Landarbeiterverein, dessen Tätigkeit es zu verdanken ist, daß das wirkliche deutsche Landvolk beginnt, sich aus den Banden jahrhundertelanger Knechtschaft zu lösen.

Die größte Landarbeiterorganisation.

Witten im industriereichen Berlin, am Endeplatz, liegt das Hauptquartier der deutschen Landarbeiterorganisation, die trotz aller Anfeindungen, trotz des besonders schwierigen Bodens, den sie beackern muß, groß und stark geworden ist und die mit berechtigten Hoffnungen in die Zukunft blickt. Der Aufschwung des Landarbeitervereins setzte nach dem Zusammenbruch im November 1918 ein. Die Organisation war während des Krieges von 20 000 auf 8000 Mitglieder zurückgegangen. Heute hat sie etwa 700 000 Landarbeiter zu einer geschlossenen Masse zusammengeschlossen und läßt damit die 50 000 Gelben und die 90 000 Zentratorenväter weit hinter sich. So wurden denn die alten Bureauräume am Michaelkirchplatz zu eng, und infolge eines günstigen Umstandes wurde ein Haus am Endeplatz erworben, auf dessen Hofgrundstück sich eine Selsfabrik befand, deren große leere Räume in kurzer Zeit von einer Arbeiterbewegungsgenossenschaft in Bureauräume umgewandelt wurden.

Ein Rundgang.

Zunächst hatten wir der Expeditions einen Besuch ab. Hier herrscht rege Tätigkeit. Täglich laufen 1000—1500 Briefe ein, die sofort geordnet und auf die einzelnen Abteilungen verteilt werden müssen. In den ersten Wochen eines Vierteljahres laufen dazu noch etwa 500—900 Selbstsendungen täglich ein. Dreimal in der Woche werden die von den Abteilungen angelieferten Briefe postfertig gemacht. Frankiermaschinen versehen sie mit Briefmarken, in großen Körben verlassen sie auf einem Handwagen das Haus. Die Verbandsleitung wird zweimal im Monat versandt. Dazu werden je 3000 Adressen auf Streifenpapier und Briefzettel von der elektrisch betriebenen Adressiermaschine unter Benutzung von kleinen Blechtafeln, auf die die Adressen aufgedruckt sind, hergestellt. Nachdem wir noch die Buchhaltung besichtigt haben, die erst vor kurzem eingerichtet wurde und sich bemüht, den Mitgliedern gute Literatur zu vermitteln, wenden wir uns den übrigen Abteilungen zu, die das Bureauraus bis zu seinem vierten Stockwerk füllen. In der Registratur werden die erledigten Eingänge alphabetisch geordnet und aufbewahrt. In einem weiten, vom Licht durchfluteten Raum werden die Arbeiten der Buchhaltung erledigt. Hier sowohl als auch in den übrigen Abteilungen ist dafür gesorgt, daß stets dieselben Angestellten die von ihnen schon einmal bearbeiteten Eingänge wieder zugewiesen erhalten. Dadurch wird eine genaue Kenntnis der Einzelheiten und eine ausgezeichnete Kontrolle erzielt.

Aus dem Arbeitsgebiet.

In der Abteilung für Lohnbewegung und Statistik werden die Lohnbewegungen, die Anträge auf Streik- und Maßregelungsunterstützung bearbeitet. Gern wird uns über die hier geleistete Arbeit Auskunft gegeben. Zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden im Jahre 1920 nicht weniger als 4 463 869 Mark ausgegeben. Gerade in der Landwirtschaft sind die Kämpfe um gerechtes Lohn- und Arbeitsbedingungen besonders hart. Tarifabschlüsse waren noch vor wenigen Jahren völlig unbekannt. Die Arbeitszeit währte vom Sonnenaufgang bis zum Sonnenuntergang. Recht- und schuflos war der Landarbeiter, der sich noch dazu unter die Gesindeordnung zu beugen hatte, allen Bauern und jeder Willkür des Gutsherrn preisgegeben. Nichts hatten die im Landbund organisierten Untertanen unersucht, die Arbeiter vom Eintritt in den Landarbeiterverein

abzuhalten, bzw. ihren Austritt zu erreichen. So hat der Landbund sich eine „Arbeitergruppe“ zugelegt, die ihm erhebliche Ausgaben verursacht. Die Landbündler verprechen den Arbeitern höhere Löhne, als sie der Landarbeiterverein erreicht hat. Im stillen aber denken sie wohl an die alten Zeiten ihres Herrtums, wo ihnen der fleißige Mann der Hacke und der Sense, mit jeder Brotkruste zufrieden, die Scheuer füllte. Im Gegensatz zu diesen Landbündlern gibt es auch eine Unternehmerruppe, die im Landarbeiterverein anerkannt und in sachlicher Weise mit ihm verhandelt. Im Hinblick auf die früheren Zustände hat der Landarbeiterverein große Erfolge erreicht, die ihn aber nicht abhalten werden, das Begonnene fortzusetzen.

Die soziale Fürsorge.

Wir durchschreiten noch manche anderen Räume, so die Krankenunterstützungsabteilung, die 1920 mehr als 1 1/2 Millionen Mark an Unterstützungen auszahlte; wir sehen den tadellos geregelten Markenverleih, die Redaktionen der Verbandszeitung, und vor allem den geschmackvoll hergerichteten Sitzungssaal. Hier werden Konferenzen mit den Gauleitern usw. abgehalten. Zur fachtechnischen Durchbildung der Kreisleiter, die in den mehr als 30 Gauen tätig sind, werden hier auch Kurse abgehalten, an denen stets 25 dieser Funktionäre teilnehmen. Zum Schluß steigen wir noch hinab in den Keller, in dem zwar keine Weinässer, wohl aber Textilwaren aller Art lagern, die zum Selbstkostenpreis an die Verbandsmitglieder abgegeben werden.

Wer dieses Haus durchwandert hat, wer gesehen hat, wie prägnant und genau hier alles geregelt, durchdacht und geordnet ist, der muß Achtung bekommen vor dieser Organisation, und er wird das schlichte Haus am Endeplatz in dem sicheren Bewußtsein verlassen, daß die freie Organisation der Landarbeiter den Kampf mit dem Großagrariertum des Landbundes siegreich bestehen wird.

Das Recht auf den Himmel.

Wie die Stadt Berlin einen Prozeß verlor.

Die Berliner Stadtverordneten haben in einer ihrer letzten Sitzungen dem Kauf des Grundstücks Großbeerenstraße 16 auf Anregung des Bezirksamts Kreuzberg zugestimmt. Der Bezirk Kreuzberg will später das Grundstück zur Vergrößerung des dort am Nachbargrundstück gelegenen Luther-Ensembles verwenden. Mit diesem Grundstückskauf hat ein merkwürdiger Prozeß sein Ende gefunden.

Als die Stadt Berlin, kurz vor Beginn des Krieges, auf ihrem Grundstück Tempelhofer Ufer 15 mit dem Bau des Luther-Ensembles begann und die Pläne öffentlich ausgestellt wurden, erhoben die Anlieger gegen den Bau in der vorgeschriebenen Frist keinerlei Einspruch. Erst als der Bau schon im Gange war, legten die Besitzer des Nachbargrundstücks Großbeerenstraße 16, die Gollmischschen Erben auf Grund des § 142 des Allgemeinen Landrechts für die Preussischen Staaten gegen Weiterführung des Baues Einspruch ein. Dieser Paragraph des an sich für unser öffentliches Recht grundlegenden Gesetzes bestimmt, daß ein Neubau von den Fenstern des Nachbarn so weit zurücktreten müsse, daß der Nachbar aus den ungeöffneten Fenstern des unteren Stockwerks den Himmel erblicken könne. Die holländische Bauverwaltung kam nachträglich den Wünschen der Gollmischschen Erben entgegen, indem sie den Giebel des Schulbaues verkleinerte und mit einem hellen Puz versehen — vergebens! Die streitbaren Erben klagten, die Sache ging bis ans Reichsgericht und dieses hat in letzter Instanz den Prozeß um den Blick auf den blauen Himmel dahin entschieden, daß von den ungeöffneten Fenstern des Nachbarhauses tatsächlich der Himmel erblickt werden könne. Das Reichsgericht war jedoch der Meinung, daß die „Körperhaltung“, nämlich eine gewisse Neigung des Kopfes nach hinten, in der dies geschehen könnte, nicht denjenigen „aufrechten und ungezwungenen Haltung“ entspräche, die der Gesetzgeber des Allgemeinen Landrechts (nämlich die Juristen

Cramer und Suarez) bei der Aufstellung des § 142 im Auge gehabt hätten. Der Berliner Magistrat wurde daher endgültig verurteilt, den betreffenden Bauflügel einzuschränken. Während des Krieges ruhte der Schulhausbau und damit auch die Durchführung des Rechts auf den blauen Himmel. Jetzt nach 8 Jahren ist, wie erwähnt, der „himmlische Prozeß“ dadurch aus dem irdischen Diesseits geschafft worden, daß die Stadt auf Grund längerer Verhandlungen mit den Gollmischschen Erben das Grundstück für den Preis von 295 000 M. erworben hat, wozu die Kosten des Rechtsstreites in Höhe von 6 500 Goldmark hinzuzurechnen sind.

„Irreführende Berichterstattung.“

Mit dieser Ueberschrift bringt die „Freiheit“ eine Betrachtung des Abstimmungsverwehrens der Stadtverordnetenversammlung, in der die Tarifserhöhungen als unbeschränkt abgelehnt und mit Befristung bis 30 Juni angenommen wurden. Sie nennt eine Reihe Blätter, die mitgeteilt hätten, daß „durch Annahme des deutschnationalen Antrages auf Befristung der Tarifserhöhungen bis 30 Juni die eben vorher in der Gesamtversammlung mit 165 gegen 84 Stimmen abgelehnte Vorlage trotzdem angenommen sei“, und nennt darunter auch den „Vorwärts“. Die „Freiheit“ gefaßt sich von Zeit zu Zeit darin, den Zensor der Rathausberichterstattung zu spielen, wobei sie ihre eigenen Leistungen in ein mitunter unerdient vorteilhaftes Licht zu rücken sich bemüht. Der „Vorwärts“ hat in sachlicher Berichterstattung über die Stadtverordnetenversammlung lediglich festgestellt, daß die Tarifserhöhungen schließlich mit der Befristung angenommen wurden. Dabei hoben wir ausdrücklich hervor, daß der Vorsteher sie für angenommen „erklärt“ habe. Erwähnt haben wir auch, daß sich daran ein Streit um die Frage der Rechtsgültigkeit der Abstimmung knüpfte (über dessen Entscheidung auf der Pressetribüne nichts zu hören war). Wie die so die Mitteilung dieser Tatsache eine „irreführende Berichterstattung“ sein soll, möchten wir wissen. Für die Abstimmungen der Stadtverordnetenversammlung und ihre Ergebnisse kann doch der „Vorwärts“ nicht verantwortlich gemacht werden! Wie fühlen uns versucht, auf die Berichterstattung der „Freiheit“ über die Berichterstattung des „Vorwärts“ das Wort „irreführende Berichterstattung“ anzuwenden.

Die „Freiheit“ kam noch darüber, daß die drei Parteien der Linken nicht vollständig vertreten waren. Dabei behauptet sie, gerade die rechtssozialistische Fraktion habe in letzter Zeit sehr große Vorden gezeigt. Wie anders doch die Dinge aussehen, wenn man sie von der anderen Seite betrachtet! Genau denselben Eindruck, den die „Freiheit“ von den rechtssozialistischen gehabt hat, haben wir von den Unabhängigen gehabt.

Eine raffinierte Fälschung.

Ein groß angelegter Bankbetrug führte den Korrespondenten Johannes P. Scheidl und dessen Bruder, den Handlungsgehilfen Otto Scheidl, vor die 8. Strafkammer des Landgerichts I. Auf eine Zeitungsannonce hin schrieb der erste Angeklagte unter dem Namen „Theodor von Seydlitz“ mehrere Bewerbungsfreien an eine hiesige Bank und wurde als Korrespondent angestellt. Um ihm seine Anstellung zu ermöglichen, hatte ihm der zweite Angeklagte eine Urkunde und ein Empfehlungsschreiben einer Firma in Dresden gefälscht, bei der ein anderer Bruder tatsächlich angestellt war. Nach zwei Monaten teilte der erste Angeklagte der Bank mit, daß er erkrankt sei und blieb vom Dienst fern. Er wurde dann entlassen. Der zweite Angeklagte hatte sich inzwischen unter dem Namen „Walter Häbler“ bei einer Depositenkasse der Bank ein Konto eröffnen lassen und zahlte 1450 M. bar und 175 M. auf einen Scheck ein, der auf die Zentraldepositenkasse der Bank lautete. In letzterer war der erste Angeklagte beschäftigt. Den beiden Konten ist es dann in überaus raffinierter Weise mit Hilfe gefälschter Urkunden, Briefe, eines gefälschten Uebertragungsformulars gelungen, eine angeblich von der Bankfiliale in Lebe beantragte Gutschrift in Höhe von 215 000 Mark auf Konto Walter Häbler zu erwirken. Die Gutschrift wurde auch ausgeführt und der Angeklagte Otto Scheidl hat dann mittels Schecks im ganzen 214 000 Mark abgehoben. Die beiden Angeklagten haben dann in Saas und Brauns gelebt; von der erbeuteten Summe hat Johannes P. Scheidl 12 000 Mark erhalten. Für letzteren suchte Rechtsanwalt Dr. Siegfried Effenhaech das Moment der Beihilfe auszuweisen und bezüglich der Heilerei mildernde Umstände zu erreichen. Das Gericht glaubte aber beide Angeklagte gleichmäßig bestrafen zu müssen und verurteilte sie zu 3 Jahren Gefängnis, unter Anrechnung von 8 Monaten Untersuchungshaft.

40] Eine seltsame Nacht.

Roman in vier Stunden von Laurids Bruun

„Weshalb?“
Er blickte mit seinen matten, braunen Augen stehend von einem zum anderen und sagte in demselben wimmernenden Ton:
„Ich hab immer gehört, wenn Verbrecher ihr Herz öffnen und bekennen, dann kriegen sie Branntwein und Bier und Festtagessen für ihre Willigkeit.“
Der Doktor legte ihm die Hand auf die Schulter und versuchte seinen matten Blick mit seinen kleinen, scharfen Augen festzuhalten.
„Es wäre Sünde, dich darum zu betrügen, Kasper!“ sagte er. „Denn als du auf dem Abhang sahest und nachjannest, da dachtest du wohl, daß du Branntwein zur Belohnung bekommst, wenn du dich selbst melden würdest?“
Kasper sah zu ihm auf und nickte trauernd. „Das ist wahr, Herr Doktor! Das wird man dir nicht abschlagen, dachtest ich, wenn du wahrheitsgemäß bekennst.“
„Du sollst so viel Schnäpse bekommen, wie du haben willst! — Dafür sehe ich ein, Kasper!“
„Aber bester Doktor!“ Hjarmer sah erschreckt mit seinen heißen Augen zu ihm auf.
„Können Sie nicht sehen,“ der Doktor zog irritiert seine Hofen in die Höhe, „daß der Mann mir überlassen werden muß? — Er ist kein Verbrecher. Er ist krank — krank, weil er sein ganzes Leben hindurch gegen gesunde, natürliche Instinkte hat ankämpfen müssen, die die öffentliche Moral verurteilt. Die Natur aber läßt sich nicht knechten. Was keine Desensibilisierung haben darf, was beständig niedergedrückt wird — das gräbt sich tiefer ein, verflumpft und vergiftet die ganze Konstitution — Trunksucht, Geisteskrankheit, Monomanie! — Und eines schönen Tages geht das Geschwür auf. Nur ein Nadelstich — Gelesenheit gibt's genug! — Glauben Sie mir, hätte er heute abend soviel Schnäpse bekommen, wie er nötig hatte — dann wäre der alte Hülse nicht ermordet worden. Und darum ist sein Platz im Krankenhaus!“
Doktor Salt richtete sich auf und sah zur Konfektur.
„Der Schuhmann ist draußen — nicht wahr?“ fragte er.
„Er ist im Entree!“ antwortete Hjarmer.
„Gut! — Dann können wir uns zusammen seiner annehmen!“

Er legte die Hand auf Kaspers Schulter:
„Komm nur mit, Kasper! — Du sollst so viel Schnäpse bekommen, wie du verdienst!“
Die matten, braunen Augen flammten in plötzlicher, gieriger Freude auf.
Er machte einen mißglückten Versuch, den Rücken zum Honneur zu strammen, während die Lust auf die Schnäpse ihn über den ganzen Körper zittern machte.
Der Doktor schob ihn vor sich her durchs Kontor hinaus.
4.
Hjarmer griff sich an die Stirn und lächelte mit seinen müden, nerodden Augen.
„O, Liebling!“ sagte er. „Wie ist doch alles sonderbar! Es ist wie ein Märchen! Borsin war alles düster, und jetzt ist wieder alles hell und lächelnd!“
Frau Helwig stand am Flügel und sah in tiefen Gedanken vor sich hin.
„Und Fräulein Sindal?“ fragte sie.
„Ach, erinnere mich nicht an sie!“ Ein plötzlicher Schmerz jagte über sein müdes Gesicht. — „Ich will sie zu vergessen suchen!“
Helwigs große, graue Augen ruhten forschend auf den seinen. Den Strich er sich über die Stirn und sagte: „Ich will nur daran denken, daß Ellen gerettet und der Mörder gefunden ist. Ist es nicht wie eine Vorsehung? Erst diese Angst — und das Kind wird gerettet! Dann die Enttäuschung nach der Hoffnung! Und trotzdem kommt der Mörder im Mondschein anspaziert und gibt sich selbst in meine Hand! Ist das nicht wie eine Prüfung?“
Frau Helwig richtete sich auf und ging auf ihn zu. „Seht endlich hatte sie einen Entschluß gefaßt.“
„Eine Prüfung, die bestanden sein will!“ sagte sie.
Hjarmer beachtete nicht ihren feierlichen Ton.
„Ja,“ sagte er, „und wir haben sie bestanden! Und jetzt ist alles wieder gut.“
„Nein, die Prüfung fängt jetzt erst an!“
Diesmal merkte er, wie ihre Stimme zitterte.
„Was meinst du damit?“ fragte er und sah ihr in die Augen, die so fest und tief in ihrem weißen Antlitz leuchteten.
„Das Schwerkste kommt noch!“
„Ich verstehe dich nicht!“ sagte er und wurde unruhig bei dem feierlichen Ernst ihrer Stimme.
„Hast du in dieser Nacht nicht etwas gelernt?“

„Was willst du damit sagen?“
Wieder sah er sie erkannt und ängstlich an; so hatte er sie noch nie gesehen.
„Ich wünschte, du hättest nur halb so viel gelernt, wie ich in dieser Nacht gelernt habe!“
Es ging plötzlich wie ein Schimmer der Freude über ihr Gesicht, während die großen Augen sich mit klaren Tränen füllten.
Er staunte sie mit offenem Mund an:
„Liebste — weshalb bist du so bewegt?“
Ihre Augen strahlten durch Tränen, und die Oberlippe hob sich zu einem schmerzlichen Lächeln.
„Oh — ich bin so unjagbar glücklich in diesem Augenblick obgleich ich dir einen großen Kummer bereiten muß!“
„Helwig!“ bat er angstvoll und streckte die Hand abwehrend gegen sie aus.
Sie ging auf ihn zu und nahm seine Hand in ihre beiden.
„Ach, mein Freund!“ sagte sie leidenschaftlich. „Wenn du mit meinem Herzen fühlen, wenn du mit meinen Augen, die jetzt geöffnet sind, sehen könntest — dann würdest du dich mit mir freuen, daß ich endlich, endlich Mut gefunden habe —“
„Wozu?“ sagte er atemlos.
„Ein ehrlicher und natürlicher Mensch zu sein! Oh, nimm dich zusammen, Knud! Vergiß einen Augenblick deine Stellung, dein Amt, Geld, Ansehen, Gesellschaft und das alles!“
Hjarmer zog seine Hand aus der ihren.
„Zieh dich nicht zurück!“ bat sie exaktiert. „Es steht so viel für dich und für mich und für uns alle auf dem Spiel!“
„Ich verstehe dich nicht! Weshalb soll ich vergessen?“
Sie bemächtigte sich wieder seiner Hand und hielt sie fest zwischen ihren beiden.
„Sehe einen Augenblick mit deinem Herzen allein! Sei einen Augenblick der gute, gerechte Mensch, der du in deinem Innern bist!“
Hjarmer starrte sie in angstvoller Abnung an.
„Helwig — was soll das bedeuten?“
Ihr großer, exakter Blick umfaßte seine schwächliche Gestalt mit einer Macht, der er sich nicht zu entziehen vermochte.
„Versprich, daß du es versuchen wirst, Knud!“
„Ja, ja!“ stammelte er. Wenn sie es doch erst sagen würde!
(Fortsetzung folgt.)

Die Brotkartenschleudungen in Lichterfelde.

Erklärungen des Steglitzer Bürgermeisters.

Die vor einigen Monaten festgestellten Unterschleife bei der Lichterfelder Brotkartenzuteilung in Höhe von etwa 5 Millionen Mark beschäftigten in der letzten Sitzung der Steglitzer Bezirksverordnetenversammlung. Auf eine Anfrage von sozialdemokratischer Seite erklärte Bürgermeister Sembritzki, daß der schuldige Beamte feinerzeit sofort vom Dienst entzogen und verhaftet werden sei. Das Strafverfahren gegen ihn schwebt noch, da Zweifel an seiner Zahlungsfähigkeit entstanden seien und er augenblicklich auf seinen Geisteszustand untersucht werde. Nach den bisherigen Feststellungen könne man sagen, daß die Unterschlagung und Entwendung der Brotkarten durch eine mangelhafte Kontrolle begünstigt worden sei. Wie in vielen anderen Gemeindeverwaltungen sei auch in Lichterfelde die Zahl der Beamten in den Jahren, als die Zwangswirtschaft voll einsetzte, eine sehr geringe gewesen, die Beamten seien mit Arbeiten überlastet worden und man habe zur Einstellung ungeschulter Hilfskräfte zusehen müssen. Wie sich die Entwendung der Brotkarten in einzelnen Fällen habe, und welche Unterschlagungen dabei eine Rolle gespielt haben, könnte erst nach Durchführung des Strafverfahrens einwandfrei festgestellt werden. Ein unmittelbarer Schaden sei der Lichterfelder Bevölkerung eigentlich überhaupt nicht entstanden, weil niemand ein Pfund Brot oder Mehl zu wenig erhalten habe. Die Allgemeinheit jedoch sei insofern geschädigt, als das Reich bekanntlich erhebliche Zuschüsse zur Verbilligung des Brotes gezahlt habe, die nun durch die übertriebenmäßige Anforderung von Brotkarten in unredliche Kanäle geflossen seien. Die Höhe des angezeigten Schadens könne nicht genau angegeben werden, da die Zahl der entwendeten Brotkarten nicht einwandfrei feststehe.

Der Totschlag in der Landberger Allee aufgeklärt.

Der entsetzliche Vorfalle, der sich, wie wir berichteten, in der Nacht vom 10. zum 11. Februar in der Landberger Allee abspielte und bei dem der Kandidat Krone sein Leben einbüßte, als er zwei Ruhestörer beschwichtigen wollte, hat eine überraschende Aufklärung gefunden. Die Täter sind zwei Unterwachmeister der 1. Hundertschaft der Berliner Schutzpolizei namens Karl Pösch und Friedrich Kude. Beide wurden durch Kriminalkommissar Dr. Riemann ermittelt und sofort verhaftet.

Ein Neunzehnjähriger wegen Fahnenflucht verurteilt.

Vor der 3. Strafkammer des Landgerichts II hatte sich am Donnerstag der Reichswehrsoldat Lange von der Trainabteilung in Lankwih wegen Fahnenflucht zu verantworten. Lange, der Elektrotechniker von Beruf war, hatte sich im vorigen Jahr als Neunzehnjähriger, weil er arbeitslos war, auf zwölf Jahre für die Reichswehr verpflichtet. Als er aber später von Freunden hörte, daß in seinem alten Beruf Arbeit leicht zu finden sei, verließ er im Dezember vorigen Jahres kurzer Hand seinen Truppenteil und nahm eine Stellung in der Industrie an. Seine Spur war bald entdeckt, und am Neujahrstag wurde er unter dem Verdacht der Fahnenflucht verhaftet. In der geistigen Verhandlung machte sein Verteidiger, Justizrat Dr. Broh, zu seiner Entlastung geltend, daß infolge der Minderjährigkeit Lange eine rechtmäßige Uebernahme der Soldatenpflichten nicht zustande gekommen sei, und daß das Militärstrafgesetz keine Anwendung auf ihn finden könne. Wenn auch der Vater des Angeklagten seinem Sohn schriftlich die Genehmigung zum Eintritt in den Militärdienst erteilt habe, so wäre es doch Pflicht der zuständigen Behörden gewesen, sich vor Abschluß des Dienstvertrages genau zu vergewissern, ob der Vater mit diesem Schritt seines Sohnes einverstanden sei. Das Gericht erkannte mit Rücksicht auf die Jugendlichkeit des Angeklagten auf die niedrigste gesetzlich zulässige Strafe von sechs Monaten Gefängnis, auf die sechs Wochen Untersuchungshaft angerechnet wurden. Der Haftbefehl gegen den Fahnenflüchtigen wurde aufgehoben.

Das Diebeskomplott auf dem Güterbahnhof.

Ermittlungsbeamte als Hehler.

Massenhafte Diebstähle auf der Eisgutabfertigung des Hamburg-Deutscher Güterbahnhofs führten 15 Personen wegen Diebstahls bzw. Hehlerlei vor die 9. Strafkammer des Landgerichts I. Dem Bahnhofsvorsteher waren die vielen Missetaten aufgefallen, die 1920 wegen fehlender Güter einliefen. Infolgedessen beauftragte er den Lukenaufseher Hädrich mit Recherchen. Diesem wurden nun eines Tages von einem Güterarbeiter 6500 M. mit dem Vermerk in die Tasche gesteckt: „Hier sind 6500 M.“ Im Laufe der Zeit gelang die Aufklärung der Diebstähle. Erörtert wurde die Entdeckung dadurch, daß die Beamten der Ermittlungskette unter einer Decke mit den Tätern standen und so manövrierten, daß sie sich von den Verluste reklamierenden Firmen die Frachtbriefe anhändigen und dann verschwinden ließen. Das Gericht verurteilte drei der Angeklagten, die die Beamtenqualität hatten, zu zwei Jahren sechs Monaten, die noch nicht angefallenen Dienststrafen zu je neun Monaten Gefängnis, die als Hehler Befähigten wurden zumeist freigesprochen.

Verhängung der Schankerlaubnissteuer.

Die preussischen Minister des Innern und der Finanzen sind in einem gemeinsamen Erlaß den Bestrebungen der Kreis- und Gemeindeverwaltungen entgegengekommen, die Schankerlaubnissteuer noch schärfer als bisher anzupassen. Schon an sich werden die Erhöhung der Reichsumsatzsteuer und die Novelle zum Kommunalabgabengesetz, wonach die Betriebssteuer in der Regel mit dem gleichen Hundertsatz wie die Gewerbesteuer belastet werden soll, eine erheblich höhere Besteuerung des Schankgewerbes als bisher herbeiführen. Trotzdem erachten die Minister die einmalige Abgabe auf die Erteilung der Schankerlaubnis doch noch für feigerungsfähig. Aus diesem Grunde haben sie die Steuerhöchstsätze für neue Schankgenehmigungen verdoppelt. Es gelten hinfert folgende Beträge als Höchstmaß der Besteuerung: 4800 M., wenn der Gewerbetreibende wegen geringen Ertrages und Kapitals von der Gewerbesteuer frei ist; 9600 M., wenn er in der vierten, 19.200 M., wenn er in der 1. bis 28.800 M., wenn er in der zweiten, 40.000 M., wenn er in der ersten Gewerbesteuerklasse veranlagt ist. Da aber hierbei nicht die genügende Rücksicht auf die verschiedene Höhe des Ertrages oder der Anlage- und Betriebskapitals genommen und dadurch den Forderungen steuerlicher Gerechtigkeit nicht entsprochen wird, wollen es die Minister auch zulassen, daß eine Kommunale Schankerlaubnissteuerordnung die Steuerhöhe je nach Höhe des Ertrages oder der Anlage- und Betriebskapitals oder nach beiden Kriterien zugleich staffeln darf, wofür die Minister bestimmte Mindest- und Höchstsätze vorschreiben. Die Staffelung ist den bevorzogen örtlichen Verhältnissen anzupassen.

Für Beeren- und Pilszettel werden, wie im vorigen Jahre, 10 M. für die Person erhoben. Für schulpflichtige Kinder, Rentempfänger, Kriegsschadigte und Ortsarme ermäßigt sich der Gebührensatz auf 5 M. Es wird dafür gefordert, daß die Schaller ohne Schwierigkeiten und ohne besondere schriftliche Anträge Zettel kaufen können.

Billiges Fleisch in Reinickendorf. Vom Dienstag, den 21. Februar, ab gelohnt in den Fleischverkaufsstellen Berlin-Reinickendorf, Reichenstr. 18, Provinzstr. 62, Köpenicker Str. 78, Berlin-Rosenthal, Niederstr. 5, Berlin-Zehlendorf, Bahnhöfstr. 7, Schönberger Straße, Ecke Schlieperstraße, verdilligtes Schweinefleisch zu folgenden Preisen zur Ausgabe: Rindfleisch 20 M., Kotelett und Kanin 21 M., Schinken 20 M., Bauch 22 M., Kopf und Bein 15 M.

Die Wohnungsbaubgabe.

Am Reichstag erklärte gestern auf eine Anfrage des Abg. Henke (U. Soz.) Ministerialdirektor Dr. Jacquemont, daß einige Lebensversicherungsgesellschaften, die auch im Auslande arbeiten, der Währungschwierigkeiten wegen um Hilfe gebeten haben. Das Reichsministerium hat beschlossen, unter gewissen Voraussetzungen diesen Gesellschaften durch Beschaffung von Krediten zu helfen. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Wohnungsbaubgabe

von 10 Proz. auf 50 Proz. der Friedensmiete. Ministerialdirektor Dr. Ritter: Die Streitfrage war die, ob die gesamten Mittel zum Bau der neuen Wohnungen von den Mietern erhoben werden oder ob ein Teil durch Anleihe beschafft werden soll. Das Gesetz hat einen Mittelweg eingeschlagen. Die Träger der sozialen Versicherung haben sich zur Hergabe von Mitteln bereit erklärt. Ich spreche ihnen den Dank aus.

Abg. Bäßle (Dnat.): Man wird uns bald zumuten, die Abgabe von 50 auf 100 und 200 Proz. zu erhöhen. (Hört, hört!) Die Befürworter des Sozialismus wollen bei der Wohnungsfrage in die Gesetzgebung eine Tendenz zur Sozialisierung hineinbringen. Die Wege der Regierung führen nicht aus der Wohnungsnot heraus. Die Ursachen der Wohnungsnot sind: der Krieg, die Rückkehr der Soldaten, die keine Wohnung mehr hatten, die falsche Wohnungspolitik und die verfehlte Wirtschaftspolitik. Dazu kommen die schematische Durchführung des Achtstundentages und das Streikfever. Die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen legt die Neubautätigkeit still. Das Gesetz wirkt antisozial; es belastet den Familienvater mit vielen Kindern mehr als eine kinderlose Familie.

Abg. Silber Schmidt (Soz.):

Im Unterausschuß ist gefordert worden, daß auch in Zukunft für das Wohnungswesen an der Zwangswirtschaft festgehalten wird, da sonst die Gesundheit der Bevölkerung aufs schwerste bedroht würde. Vor dem Krieg bauten wir aus den Ueberschüssen des Volkseinkommens. Heute gibt es keine Ueberschüsse.

Wir leben von der Substanz,

und eben deshalb muß beim Bauen vor allem der volkswirtschaftliche Gesichtspunkt obenan stehen. Es muß so gebaut werden, daß produktive Werte zugleich damit geschaffen werden. Bauen wir Bergarbeiterwohnungen, dann schaffen wir Vermehrung der Kohlen, bauen wir Landarbeiterwohnungen, dann schaffen wir Vermehrung der Nahrung. Das Bauprogramm der nächsten Jahre muß zur Steigerung der Kohlen- und Düngemittelproduktion und der Ausfuhr dienen. Deshalb darf

das Bauen nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen

bleiben. Wenn die sozialistischen Parteien diese Grundsätze beachten wissen wollen, dann streben sie darauf hin, daß das Bauproblem aus dem engen Rahmen und dem engen Horizont herausgehoben wird, in dem es leider ein großer Teil des Volkes noch immer sieht. Die Regelung des Bauproblems ist eine Voraussetzung für den gesamten Wiederaufbau und für die Förderung unserer Wirtschaft. Mit kleinlichen Gesichtspunkten ist da nichts anzufangen. Willkür sind bereits angelegt worden für die Hebung des Wohnungsbaues, diese Summen sind aber durch die Entwicklung bereits überholt. Die 200 000 Wohnungen, die 1922/23 nötig sein und wofür 6 Milliarden aufgewendet werden sollten, reichen heute nicht mehr aus. Das Gesetz kommt viel zu spät. 3-4 Monate sind verstrichen und viele Bauvorhaben werden jetzt wieder eine Verzögerung erfahren. Gerade weil die Belastung der Mieter viel größer sein wird, als die Regierung annimmt, weil wir eine

neue Belastung bis zu 200 Proz.

ermarten müssen, deshalb sind wir gezwungen, erst recht dafür einzutreten, daß die Großen der Mieter und Steuerzahler in der Baufrage und Wohnungsfrage volkswirtschaftlich und nützlich verhandelt und nicht verschleudert werden. Wir treten für das Gesetz ein, weil wir damit die Mieter zu schützen hoffen. Wir könnten uns die Sache ja auch leicht und bequem machen und sagen: „Hier, Reichstag, hier, Regierung, sind unsere Vorschläge; werden sie nicht angenommen, so fällt die Verantwortung auf Euch!“ Allein mit dieser bequemen Methode ist kein wirklicher Schutz für die Mieter geschaffen. Verschiedenen Herren bei den bürgerlichen Parteien, auch beim Zentrum, möchten wir aber sagen, daß ihre Kritik und ihr Verhalten in der Wohnungsfrage sehr stark an jenes bekannte Wort des überschuldeten Jungen erinnert: „Ganz recht, wenn meine Hände steifen, warum laufe ich mit mein Vater keine Hand schube.“ Die Form der Abgabe erscheint uns unrationell. Wir müssen von dem gemischten System loskommen.

ist bei der heutigen Lage und Organisation des Baugewerbes

eine rationelle Verwendung der großen Mittel für den Wohnungsbau möglich? Kein Zweifel, große Teile des Baugewerbes stehen geradezu unter dem Zwang, volkswirtschaftlich unproduktiv und unrationell zu bauen. Fast bei allen Bauarbeiten der Stadt Frankfurt war eine Uebertreibung festzustellen. Die Steuergrößen werden aber auf diese Weise verschwendet. Es ist ja bekannt, daß Preisabmachungen getroffen werden, die verteuern wirken. Reichsregierung und Länder haben Sorge zu tragen, daß der unwirtschaftlichen Produktionsweise im Baugewerbe entgegengetreten und eine Senkung der Preise herbeigeführt wird. Aber wo bleibt dann das Kleingewerbe? Wir kennen diesen Hilsen. Wir wollen nicht einmal im Urteil so weit gehen, wie Silberberg in der Sozialisierungskommission, als er sagte: „Was sterben will und sterben muß, muß kaputt gehen, damit Neues und Besseres entstehen kann.“ Wir wissen, daß auch in der neuen Wirtschaft das Kleingewerbe seine Kräfte verwenden kann und wird. Aber die rationellere Gestaltung des Baugewerbes darf nicht leiden. Millionen und aber Millionen werden von dem

überflüssigen Baustoffhandel

verschlungen. Die ganze Baustoffproduktion ist heute subventioniert und das hat nicht zu einer Verbilligung geführt. Neben den Subventionen beteiligen sich auch noch die Länder an der tollen Jagd nach Gewinn, die den Wohnungsbau lähmt. Mit dem Bauholz wird ein förmlicher Wucher getrieben. Die Syndikate sichern vielfach nur rückständige Werke vor der Schärfe des Konkurrenzkampfes. Weil auch die rückständigsten Betriebe noch einen möglichst hohen Profit einstecken wollen, wird die Rationalisierung des Gewerbes hinfällig gehalten. Das alles geht schließlich auf Kosten der Steuerzahler. Die Baustoffe haben sich um das Doppelte verteuert, die Löhne dagegen nur um das 10fache. Reichstag und Regierung müssen für Augenmerk darauf richten, daß ökonomischer gearbeitet wird. Die Zahl der Arbeitskräfte, die zur Verfügung stehen, ist zusammengeschmolzen. Der Krieg hat vor allem die

Bauhändler und Bauarbeiter bejammert.

Viele Bauarbeiter haben in anderen Berufen ein Fortkommen gesucht. Die Bauarbeiter können nicht warten, bis der Reichstag die Mittel für den Wohnungsbau beschafft hat. Bei ökonomischer und rationaler Gestaltung des Baugewerbes werden die Arbeiter je nach der Jahreszeit verteilt und vorgekommen. Dann können auch die Bauarbeiter dem Baugewerbe erhalten bleiben. Der Krieg hat ganz Europa verunstaltet, der Wiederaufbau Europas kann ohne den deutschen Bauarbeiter nicht bewerkstelligt werden; seine Leistungen sind in der ganzen Welt bekannt. Ersatz für diese Arbeitskraft gibt es kaum. Wir deutschen Bauarbeiter sind stolz darauf und fühlen uns verpflichtet, am Wiederaufbau der Welt mitzuarbeiten. Wir grüßen unsere französischen Brüder, die sich von dem Gedanken befreien, als ob es ein Makel wäre, wenn deutsche Bauarbeiter die nordfranzösische Wüste wieder in Kulturland verwandeln. Der deutschnationale Redner sprach hier ungerichtetes Zeug über den Achtstundentag. Es ist doch bekannt und die Unternehmer geben es selbst zu, daß der Achtstundentag im Baugewerbe nicht zu einer Verminderung der Produktion geführt hat. Das Baugewerbe war während des Krieges schlechter bezahlt als irgendeine andere Industrie. Und nach dem Krieg sind größere Streiks im Baugewerbe nicht zu vergleichen. Wenn wir dem Gesetz zustimmen, dann tun wir es in der Erwartung, daß Reich und Länder gegen die Preistreiber im Baugewerbe Front machen und daß der überflüssige Baustoffhandel eingeschränkt wird. Es genügt aber nicht, daß die Wohnungsfürsorge- und Städtischen Genossenschaften und die großen Städte zum direkten Bezug der Baustoffe übergehen und dabei die Unterstützung der Regierungen finden. Das Reich muß sich eigene Produktionsstätten schaffen und mit ihrer Hilfe durch Kontrolle und Konkurrenz die Ausbeuterei der Syndikate und die Rückständigkeit im Baugewerbe bekämpfen. Im Interesse der Mieter und Steuerzahler ermahnen wir Reichstag und Reichsregierung, diesen Gedanken recht ernst zu nehmen und ernsthaft durchzuführen. Seine Verwirklichung ist notwendig, wenn wir aus dem Sumpf des Wohnungselends herauskommen wollen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Tremmel (Z.) spricht für die Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Ministerialdirektor Ritter: Das Reichsarbeitsministerium bevorzugt den Bau von Wohnungen für kinderreiche Familien. Es ist mit der Gewährung von Baufostenzuschüssen an Ledigenheime einverstanden.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Ruhn (U. Soz.), Heydemann (Komm.), Bohr (Dem.), Joub (V. Sp.) und Teuber (Komm.) wird die Beratung abgebrochen. Sonnabend 12 Uhr: Weiterberatung. — Schluß gegen 7 Uhr.

Klagen von einkaufenden Hausfrauen richten sich gegen eine eigentümliche, oft kurze, unfröhliche und schnippische Art der Verhandlung, die den Käuferinnen von städtischem Fleisch seitens der betreffenden Verkäufer und Verkäuferinnen in der Markthalle auf dem Markneuley zu teil wird. Die bedauernswerten Frauen, die, um auch einmal billiges Fleisch zu bekommen, sich nachts um 1 oder 2 Uhr bereits anstellen, haben wiederholt feststellen müssen, daß sie, trotzdem sie trotzdem sie bei Eröffnung des Verkaufs mit zu den Ersten gehörten, sonderbarerweise die gewünschten Fleischstücke gar nicht mehr erhalten konnten. Die Aufsichtsorgane täten gut, darauf zu achten, daß das gesamte zur Verfügung stehende Fleisch offen und frei vor der Käuferkraft ausgedreitet wird, damit sie wählen kann, und daß ohne jede andere Rücksicht zuerst einmal die wartenden Frauen bzw. Käufer der minderbemittelten Bevölkerung bedacht werden.

Eine Genossenschaft Deutscher Volkserholungsheime ist vor einiger Zeit gegründet worden, die den löblichen und spärlicheren Zweck verfolgt, den Angehörigen der Mittel- und Unterklassen für die Zeit des Urlaubs und der Ferien Wohnung und Verpflegung zu erschwinglichen Preisen zu verschaffen und zwar in Erholungsheimen, die sie zu diesem Zweck erbauen bzw. erwerben will. Da der einzelne kaum noch imstande ist, bei den ungeheuren Fahr- und Pensionspreisen sich und seiner Familie einen auswärtigen Erholungsurlaub zu gönnen, so soll der Versuch der Selbsthilfe gemacht werden. Im Aufsichtsrat der Genossenschaft (Berlin C. 2, Poststr. 10) s. Genosse Stadtrat Pöschel.

Die Gaspreiserhöhung auf 3,30 Mark pro Kubikmeter kündigt der Berliner Magistrat im Interimsteil dieser Nummer an.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zutahr: Fische reichlicher, Geschäft san. Fleisch über Bedarf, Geschäft ruhig. Obst und Gemüse schwach, Geschäft ruhig.

Am Freitag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:
 Lebende Aale 50 M. Barsche 10-12 M. Bleie 12-14 M. Hechte 20 M. Karpfen 24-28 M. Plötzen 12 M. Scholle 25-30 M. Zander 24 M. In Eis: Aale 25-45 M. Barsche 6-9 M. Bleie 6-10 M. Hechte 14-18 M. Karpfen 17 M. Zander 20 M. Schellfisch 10 M. Flundern 6-10 M. Schollen 11 M. — Rindfleisch 20-25 M. Kalbfleisch 18-25 M. Hammelfleisch 20-24 M. Schweinefleisch 25 M. Hasen 14-15 M. Puten standen auf 30 M. Enten 30 M. Hühner 26-28 M. Wildschwein das Pfund 25 M. Gänse 25-28 M. — Naturbutter 44 bis 52 M. Margarine 24-30 M. Schweineschmalz 28 M. — Eier 5,20 M. das Stück. — Kartoffeln 10 Pfund 30 M. Rotkohl 6 M. (ausländischer bis 8 M.) Weißkohl 3,75 M. Rosenkohl 12 M. Mörrüben 1,50-2,50 M. Zucchini 4 M. Blumenkohl 12-15 M.

Zimmer gesucht! Für Landtagsabgeordnete werden mehrere Zimmer möglichst bald gesucht. Angebote erbiten wir an das Sekretariat der SPD-Fraktion des Landtages, Berlin, Landtag, Prinz-Albrecht-Straße.

Stenband für weltliche Schule. Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 5 1/2 Uhr, in der Aula des Gymnasiums, Steglitz, Heerstraße, „Sozialistische Peterkunde“. Vortrag des Genossen Walter Heiler über „Recht Licht“ unter Mitwirkung des Kämmerlingsgenossen Steglitz-Friedmann.

Der Verein der Freiberger für Neuredeklaffung E. S. Eiß Berlin, der etwa 175 000 Mitglieder zählt und zwei eigene Erdmännchen in Betrieb hat, hält in der Zeit vom 20. bis 26. Februar Bezirks- und Ortsgruppenversammlungen ab, in der die Neuwahlen der Bezirksleiter und der Delegierten zu der im März stattfindenden Generalversammlung gewählt werden sowie Vorträge über die neuen Mittelungskriterien gegeben werden. Parteigenossen und Leser des „Vorwärts“ sowie die Mitglieder des Vereines sind, mögen sie tege an den Versammlungen teilnehmen. (Vergleiche „Vorwärts“ vom Sonntag, den 19. d. M.)

Kulturbildungsamt Rufsch. Die im Staatlichen Schauspielhaus am 12. Februar 1922 nachmittags ausgetragene Vorstellung findet am 12. März 1922 statt. Die gelösten Eintrittskarten behalten Gültigkeit. Bühnen in circa 3 Wochen in den Tageszeitungen. Das Konzert des Doppeltrios (Klavier, Harmonium, Cello, Harfe), welches am Sonntag, den 5. Februar, in der Aula des Reform-Gymnasiums infolge Platzmangels ausfallen mußte, ist auf den 7. April d. J. mit gleichem Programm versetzt worden. Die Eintrittskarten behalten Gültigkeit. Am 19. Februar findet in der Aula des Reform-Gymnasiums keine Versammlung statt.

Kleingärtner, Ziegler, Bodenerformer. Sonntag, den 19. Februar, findet um 10 Uhr nachmittags eine vom Zentralverband der Kleingärtnervereine Deutschlands einberufene Protestversammlung gegen die Bahnpreisverteuerung statt.

Schon wieder ein Kleinfeld. In Duisburg wurden sämtliche Lager und Veranlagen des Baugeschäftes Gebr. Kiefer eingekassiert. Die Ursache des Brandes ist unbekannt. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Mark; er soll nur zum Teil durch Versicherung gedeckt sein. Das abgebrannte Werk war eines der größten dieser Art im Industriegebiet.

50-Milliarden-Unterschlagung eines Volksgenossen. Das gesamte Personal des Volksgenossenschaftlichen Komitees des Gouvernements Perm wurde verhaftet und dem Gericht des Revolutionstribunals übergeben. Der Grund zu diesen Verhaftungen bildete der Umstand, daß das Personal des Perm Volksgenossenschaftlichen Komitees in der bei ihm bestehenden amtlichen Geldkassette für fünfzig Millionen Rubel Geldscheine brachen ließ, ohne dazu von der Moskauer Regierung beauftragt worden zu sein. Der genannte Betrag wurde von den einzelnen Mitgliedern des Volksgenossenschaftlichen Komitees für eigene Zwecke verausgabt.

Wetterbericht bis Sonntag mittag. Unausgemer, trübe und teilweise neblig mit Niederschlägen und mäßigen südlichen Winden.

Auch im Landtag Streikdebatte.

Der Preussische Landtag hat sich gestern zunächst damit auseinandergesetzt, die Aussicht über die Arbeitsbedingungen der Kellnerinnen weiblichen Gewerkschaftsbeamten im Verkehr mit den Gastwirtschaftsorganisationen zu übertragen. Angenommen wurde, auch der sozialdemokratische Antrag, wonach als Tarifvereinbarungen nur solche Abmachungen gelten sollen, bei denen eine gewerkschaftliche Organisation beteiligt ist. Abgelehnt wurde dagegen der demokratische Antrag, wonach Zimmermädchen in Hotels usw. nicht unter diese Anordnungen fallen sollen.

Es folgt die Beratung der

Anträge zum Eisenbahn- und Gemeindearbeiterstreik.

Ein KSP-Antrag will die Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten vom 1. Februar außer Kraft setzen und mit größter Beschleunigung gegen den Polizeipräsidenten ein Verfahren wegen grober Ueberschreitung seiner Befugnisse eingeleitet sehen. Ein SPD-Antrag wünscht, daß schon vollzogene Maßnahmen rückgängig gemacht werden und neue unterbleiben und der Streikbrecherorganisation Technische Nothilfe jede Unterstützung entzogen werde.

Abg. Meier-Berlin (U. Soz.) wiederholt die bekannten Reden seiner Parteigenossen im Reichstag über den Streik, das Streikrecht der Beamten, die Maßnahmen usw.

Abg. Knoth (Komm.) beschimpft die Spitzenverbände, den KDOB und die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer.

Abg. Krüger (Soz.):

Der Eisenbahnstreik hat die Frage des Beamtenrechts erneut aufgeworfen. Hier muß es bald zu einer Entscheidung kommen. Jede Partei, die es ernst nimmt mit der Vertretung der Interessen der Arbeiter und Beamten, aber auch mit der Vertretung der Interessen des Staates, muß die Ursachen des Streiks prüfen und, soweit berechtigte Beschwerden vorliegen, auf ihre Beseitigung dringen. Jede Partei aber, der es nicht auf leeres Geschwätz ankommt, muß auch prüfen, ob nicht nur auf Seiten der Regierung, sondern auch auf Seiten der Beamten Fehler gemacht worden sind. Die Ursache der Beamtenstreikbewegung ist die gewaltige Preissteigerung. Die letzten Befehlsbefehle haben die hohen Beamten sehr begünstigt, auch in steuerlicher Beziehung. Das mußte Beunruhigung und Erbitterung schaffen. Die Beamtenvertreter sitzen sich leider bei ihren Verhandlungen mit der Regierung durch die Drohungen der Regierungsvorsteher, daß dann gar nichts zustande käme, dazu verleiten, sich mit dieser Regelung einverstanden zu erklären. Den politischen Parteien kam es auf eine schnelle Regelung und schnelle Hilfe für die Beamten an. Auch ließ die Regierung nicht rechtzeitig erkennen, daß mit der kommenden Brotpreiserhöhung eine Erhöhung der Gehälter eintreten werde. Die

berechtigten Ansprüche der Beamten müssen erfüllt werden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Kommunisten haben es sehr leicht, unerfüllbare Forderungen zu stellen, denn sie machen ja bei der Lösung der Aufgabe nicht mit, dem Staate auch die nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. (Kommunistische Juristen: Erfassung der Sachwerte!) Die „rote Fahne“ hat, als zum erstenmal von der Erfassung der Sachwerte die Rede war, diesen Plan als „Schwindel“ bezeichnet. Das Arbeitslosgesetz war erst in einem Vorstadium und konnte deshalb nicht Gegenstand eines Streikes sein, ebensowenig wie die Behauptung, es drohe die Sinnstrennung der Eisenbahn. Diese könnte vom Reichstag nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden, da es sich um eine Verfassungsänderung handeln würde. Wir nehmen nicht an, daß die Kommunisten der Rechte ihre Stimme auch hierzu zur Verfügung stellen werden. (Heiterkeit.) Der Eisenbahnstreik ist nur zu erklären aus der gewerkschaftlichen Unerfahrenheit der Eisenbahner, der Beamten überhaupt. Unmittelbar vor Ausbruch des Streikes schwebten zwischen den Beamtendenverbänden und der Regierung über die Befolungsfragen Verhandlungen, die einen erfreulichen Verlauf nahmen. Es ist nicht gewerkschaftliche Art, daß in einem solchen Augenblick sich eine Organisation von der Gesamtbewegung trennt und der Regierung ein kurzbedrücktes Ultimatum stellt. Das kann und darf sich keine Regierung gefallen lassen. Auch die Sowjetregierung würde das nicht tun. Aber Sie (zu den Kommunisten) wollten ja nur als Hyänen des Schlachtfeldes

bei den Beamten Stimmenfang

treiben. (Lärm links.) Einen Streik mit so unübersichtlichen Wirkungen für das gesamte Wirtschaftsleben proklamieren man nicht ohne Einverständnis mit den übrigen Arbeiterorganisationen. In der „Freiheit“ hat Emil Barth ein Urteil über das Vorgehen der Reichsgewerkschaft gefällt, das in schroffem Gegensatz zu den Ausführungen des Abg. Meier steht. Auch hier gibt es zwei Richtungen in der MSP. Unsere Stellungnahme gegen diesen Streik bedeutet durchaus nicht eine Stellungnahme gegen das Streikrecht der Beamten überhaupt. Auch die Verordnung des Reichspräsidenten richtete sich

nicht grundsätzlich gegen das Streikrecht

der Beamten, sondern nur gegen diesen Reichseisenbahnerstreik. Wenn die Deutschnationalen von gesunkener Staatsautorität sprechen und ein scharfes Vorgehen gegen die Streikenden fordern, so erwidern wir, daß die Streikenden zu einem großen Teil ihrer Partei nahestehen und ein Produkt ihrer Erziehungsarbeit sind. Hat nicht die frühere konservative Regierung die Beamten stets unterdrückt und sie zu Sklaven gemacht? (Widerpruch rechts.) Gerade Sie haben ja verhindert, daß die Eisenbahner gewerkschaftliche Erfolge erringen konnten, und Ihre Partei hat auch maßlos gegen die Regierung gehetzt und die aufrührerischen Beamten, insbesondere die des Kapp-Putsch, stets geschützt. Und jetzt wollen Sie sich als Hüter dieser von Ihnen selbst untergebenen Staatsautorität aufwerfen? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Streik ist auch nicht von der Reichsgewerkschaft geführt worden, um die proletarische Einheitsfront herbeizuführen, sondern weil sich die Beamten gerade gegen ihre Proletarisierung wehren. Für Polizeibeamte darf es unter keinen Umständen ein Streikrecht geben, weil sie ein politisches Machtinstrument des Staates sind. Amtsgerichte machen viele Dummheiten. Daher wundert mich das Verhalten des Sächseberger Amtsgerichts, das die Satzungen der Reichsgewerkschaft mit der Streiktafel genehmigte, ganz und gar nicht. Der Vorschlag, die wahlwerbenden Rechte der Beamten abzubauen, ist undiskutabel. Wer sie ihnen nimmt, macht sie zu freien Arbeitnehmern und unterwirft sie damit dem Willen ihrer Arbeitgeber, d. h. ihrer Dienstverpflichteten. Jede Regierungsänderung würde dann auch zu einer völligen Umgestaltung des Beamten-

apparates führen. Dabei ist eine geordnete Verwaltung unmöglich. Auch die Beamten haben das Koalitions- und Streikrecht, allerdings nicht in dem Ausmaß wie die freien Arbeiter. Es muß eine

Regelung dieses Streikrechts

herbeigeführt werden, die, bevor es zum Streik kommt, die Durchführung eines genau geregelten Schlichtungsverfahrens vorsieht, an dem die in Frage kommenden Organisationen beteiligt sein müssen. Dabei machen wir keinen Unterschied zwischen den lebenslänglich angestellten und den sonstigen Beamten. Daß das nicht eine Verletzung sozialistischer Grundzüge ist, beweist die Stellungnahme des sächsischen unabhängigen Ministers Lipinski. Uebrigens ist ja auch in Rußland jeder Streik in Staatsbetrieben verboten. Gewiß sollen

staatliche Betriebe Musterbetriebe

sein. Aber auch hier gibt es Grenzen, die gezogen sind dadurch, daß wir in einem kapitalistischen Staate leben. Stellen sich in solchen Betrieben Differenzen heraus, so muß ein Ausgleich gefunden werden, was leider zwischen dem Berliner Magistrat und seinen Arbeitern und Angestellten nicht geschehen ist. Das Kampfsobjekt, die Geltungsbauer des tausenden Kantaristis, war eines Streikes nicht wert. Nur die maßlose kommunistische Hezucht brachte es dazu, wobei nicht einmal die Streikleitung wußte, wozu es ging. Die unabhängigen Magistratsmitglieder haben durchaus denselben Standpunkt eingenommen wie wir. Auch sie waren sich klar darüber, daß die Technische Nothilfe eingesetzt werden mußte, nachdem die Streikleitung erklärt hatte, daß nicht einmal die Wasserwerke weiterarbeiten sollten. Wenn leider die Gewerkschaften nicht stark genug sind, um die Berechtigung der Rotstandsarbeiten zu sichern, dann muß eben die Technische Nothilfe eingesetzt werden. Wir bedauern, daß durch diesen Streik die Agitation der Rechte gegen Groß-Berlin und die Kommunalisierung so gute Waffen erhalten hat, und hoffen, daß die Arbeiter aus diesem Streik die rechte Lehre ziehen und nunmehr wissen werden, wo ihre wahren Freunde zu finden sind. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdem. — Lärm links.)

Abg. Blank (Z.) lehnt das Beamtenstreikrecht ab. Beim Kapp-Putsch hat die Beamtenschaft nur einer verfassungswidrigen Regierung die Gefolgschaft verweigert.

Abg. Baedeker (Dnat.): Wir haben den Streik weder entfacht noch unterstützt. Die Forderungen der Eisenbahnbeamten waren teilweise berechtigt. Auch wir wollen keine Politik der Rache gegenüber den Streikenden, aber gegen die eigentlichen Führer muß vorgegangen werden. Der Innenminister hat den Erlaß des Reichspräsidenten sabotiert.

Minister des Innern Severing:

Herrn Baedeker Wunsch, das Volk zu einer großen Volksgemeinschaft zu einen, teile ich durchaus. Solche Reden wie die oben gehörte erreichen aber eher das Gegenteil. Herr Baedeker sagte, durch den Streik sei nichts erreicht, in der „Deutschen Tageszeitung“ des Herrn Baedeker wurde aber der Streik als ein großer Erfolg der Beamten bezeichnet. Die

Verbindung des Radikalismus rechts und links

trat hier noch deutlicher zutage als im Reichstag. Gerade die deutschnationale Hezerei hat nicht wenig zum Streik beigetragen. Wenn die Autorität der Regierung jahrelang systematisch herabgesetzt wird, können die Beamten wohl zu der Auffassung kommen, daß ihnen ein Streikrecht zusteht. Die Angriffe Baedeker gegen die Zivilverwaltung der Schupo weist der Minister als absolut unbedeutend nach. Ich halte die Technische Nothilfe deshalb für eine Notwendigkeit, weil durch Ihre (zu den Komm.) gewissenlose Agitation die Gewerkschaften so sehr an Einfluss verloren haben, daß die Erhaltung lebenswichtiger Betriebe nicht mehr verdrängt war. Die Berliner Streikleitung hat uns ja schriftlich versichert, daß sie die Versorgung mit Wasser und die Versorgung der Krankenhäuser mit elektrischem Strom nicht zu den Kaufsarbeiten rechnete. Darauf gab es kein Bestimmen mehr, die Technische Nothilfe mit Unterstützung der Schupo einzusetzen. Die Unabhängigen aber sollten wieder politische Ehrlichkeit beweisen und keinen zu großen Unterschied erkennen lassen zwischen ihren Reden im Landtag und ihren Laten im Rathaus. Die unabhängigen Stadträte waren mit dem Einsatz der Nothilfe einverstanden. Wenn Sie (zu den U. Soz.) sich hier hinterher beklagen, so ist das Politik mit doppeltem Boden. Wer nicht den Mut hat, den Arbeitern zu sagen, daß auch die Macht der Gewerkschaften eine Grenze hat, der ist ein Verräter. (Lärm links.) Die Schupo-Beamten haben nicht daran gedacht, den Streik zu unterstützen. Ein einziger Beamter hat in der Verammlung in der Fideleintrage vier Durchschläge eines solchen Aufrufes verteilt und ist daraufhin sofort entfernt worden. Ich werde darauf hinwirken, daß die Verbände der Schupo-Beamten ihre Angehörigen noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, daß ihnen ein Streikrecht nicht zusteht. Der Erlaß des Berliner Polizeipräsidenten hat den Eindruck erzielt, daß wir nötigenfalls scharf vorgehen werden, und dadurch Schlimmerem vorgebeugt. Die Beschlagnahme der Streikgelei war nur eine vorläufige, eine Verhaftung der gesamten Streikleitung hätte ich nicht für richtig gehalten. Ich glaube nicht, daß die Bewegung von Bolschewistenagenten des Auslandes in Szene gesetzt worden ist, es mußte aber verhütet werden, daß unverantwortliche Hezerei schließlich zum Generalkstreik trieben. Im Sinne der vorliegenden Anträge hat die Preussische Regierung schon vor der Beendigung des Streiks bei der Reichsregierung und beim Berliner Oberbürgermeister Vorstellungen erhoben, daß nicht etwa ein kleinlicher Nachschub eröffnet würde. In den geforderten Maßnahmen gegen die Technische Nothilfe kann ich mich nicht bereifinden lassen. (Bravo rechts und in der Mitte.) So lange

die Gewerkschaften ihre alte Disziplin

nicht wieder haben und mit einer Schädigung lebenswichtiger Betriebe gerechnet werden muß, ist die Technische Nothilfe nicht abzuschaffen. Wenn es sich um die Gesundheit von Volksgenossen handelt, müssen wir eine Organisation haben, die frei von Tagesmeinungen ihre Pflicht tut. Wenn vorhin auf Bergarbeiterstreiks hingewiesen wurde, so trauere ich den Bergarbeitern sozialer Pflichtgefühl zu, daß sie auch bei erbitterten Lohnbewegungen die Schächte nicht ersaufen lassen und so der deutschen Wirtschaft unermesslichen Schaden zufügen. (Lebhafte Beifall bei den Soz.) Ein kommunistischer Antrag, die Amnestieanträge morgen auf die Tagesordnung zu setzen, wird abgelehnt. Sonnabend 11 Uhr: Weiterberatung, Kleine Vorlagen, Schluß noch 6 Uhr.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksvorstand.

Heute nachmittags 5 Uhr: Wichtige Sitzung im Sekretariat, Lindenstr. 3. Die Kreisvorsitzenden sind gonz besonders eingeladen.

15. Kreis. (Deputation für Kunst und Bildung.) Sonntag, den 19. Februar, 7 1/2 Uhr, findet in der Aula des Reichsanstalts in Oberbismarckstr. 10, ein Ballabend statt. Mitwirkende: Eugen Brögel (Gelang), Bruno Lehner (Wolke), Eugen Sauerborn (Klauer). Programm zum Preise von 5 Mk. und nach an der Kasse zu haben.

Heute, Sonnabend, den 18. Februar:

171. Ust. Niederhohenhausen. 7 1/2 Uhr Funktionserhebung bei Senfert, Uhlandstr. 41. Chorleiterbund. Spenden. Juristische Sprechstunde jeden Sonnabend 4 bis 6 Uhr Rosenstr. 4.

Morgen, Sonntag, den 19. Februar:

20. Ust. 10 Uhr Sitzung der Parteifunktionäre bei Bose, Kolonnenstr. 10.
29. Ust. 7 1/2 Uhr bei Schirm, Chobotenstr. 8, Funktionserhebung.
45. Ust. 10 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre, Betriebsvertragsfunktionäre, Kreisdelegierte im Hotel früher Wilmig, Forster Str. 10.
46. Ust. Kreisrat. 9 Uhr Jugendleiterbesprechung für die Jungmännerabteilung beim Hotel Sumpffeld, Kaiser-Friedrich-Str. 10. Unsere Bemühungen und Bemühen werden um rege Beteiligung erfüllt.
Gruppe Korbhahn: Gruppenbesprechung in Hohen-Reinhardt, nachmittags 3 Uhr, Hotel Klaus am Bahnhof. Thema: „Gemeindeverträge“. Ref. Genosse Fiedler. Insbesondere den Gemeindevertrags mit Erfahrungszeit zu klären.
Gruppe Senzow. Gruppenbesprechung nachmittags 8 Uhr bei Senzow. Thema: „Die Krankenkassenreform in Niederbarnim“. Ref. Genosse Kahl.
Krummensee. Nachmittags 8 Uhr öffentliche Versammlung im Hotel Sumpffeld. Thema: „Die politische Lage“. Ref. Genosse Wagnow.
Jungmännerabteilung. Gruppe Scharlachberg. Kreisversammlung durch den Kreisrat. Treffpunkt: früh 10 Uhr Bahnhof Scharlachberg.

Jugendveranstaltungen.

Gesamt-Kreisjugend Groß-Berlin. 20. 21. 22. Februar. 2. Hof, 3. Temp. Telefon Rosenthaler 121 08-121 10.

Heute, Sonnabend, den 18. Februar:

Heute abend 7 Uhr beginnt im Volkshaus, Kottbuscher Str. 2, Zimmer 105, die alldeutsche Jugendführerversammlung mit dem Vortrag: „Rolle und alldeutsche Organisation“. Jeder Jugendliche kann daran unentgeltlich teilnehmen.

Der 1. Abend des Wandereiterkursus findet heute abend um 7 Uhr im Jugendhaus, Lindenstr. 3, Hof, 3. Temp. statt. Vortrag des Genossen Künze über „Kartentunde“, anschließend gemeinsame Diskussion.

Morgen, Sonntag, den 19. Februar:

Schnepf. Besuch der Sternmarie. Anschließend Besuch der Abteilung Niederbarnim. Treffpunkt 10 Uhr Bahnhof Scharlachberg. In der Aula des Reichsanstalts, Sonntag, den 19. Februar, 7 1/2 Uhr, findet ein Ballabend statt. Mitwirkende: Eugen Brögel (Gelang), Bruno Lehner (Wolke), Eugen Sauerborn (Klauer). Programm zum Preise von 5 Mk. und nach an der Kasse zu haben.

Arbeiter Sport.

Neue Turnabteilungen Westen und Wedding.

Im Westen Berlins haben sich sozialistische Jugend- und Kindergruppen nach einer Anzahl Genossen der „Freien Turnerschaft Groß-Berlin“ angegeschlossen. Da im Westen Berlins die Arbeiterbewegung nach sehr schwach ist, so werden Turnvereine und Eltern um ihren Beitritt und Agitation unter Jugendlichen und Kindern gebeten. Turnvereine: Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr für Mädchen. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr für Mädchen. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr für Mädchen.

Turner in der „Zur Sportvereinigung Wedding 1892“, einer der ältesten Turnvereine Berlins, mit etwa 100 Angehörigen und Turnabteilungen für Männer, Jugendliche, Turnmänner und Kinder, der „Freien Turnerschaft Groß-Berlin“ beigetreten. Eine turnerische und sportliche Arbeit bieten Gewähr für einen guten Turnbetrieb. Als Turnhalle steht die Halle des Lehnens-Gymnasiums, Poststr. 18, eine der größten Hallen Berlins, sowie die Turnhalle Poststr. 10-12, zur Verfügung. Die Arbeiterabteilung des Wedding, besonders die Jugend, wird um Unterstützung der neuen Abteilungen gebeten.

Jugend- und Kindergruppen sowie Turn- und Sportvereine, welche sich dem Arbeiter-Turn- und Sportbund anschließen wollen, können näher Auskunft erhalten bei H. Kellner, Rosenthaler, Nummer 10.

Sportklub Charlottenburg. Der am Sonntag, den 3., ausgefallene Vortragabend findet in nächster Zeit statt. Die gelassenen Blätter behalten ihre Gültigkeit. Bitte die Preise zu beachten.

Wichtige Spielvereinigung (West-Berlin). Um dem Wunsch der Vertreterversammlung zu entsprechen, sollen die für den 19. Februar angesetzten Fußballspiele aus. Antragsfrist: 3. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Montag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Dienstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Mittwoch 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Donnerstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Freitag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Samstag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp. 15. Sonntag 10-12 Uhr. Turnhalle 10. Hof, 3. Temp.

